X

12. Dezember 1972: Fraktionssitzung (Tonbandtranskript)

AdsD, SPD-BT-Fraktion 7. WP, 6/TONS000017. Titel: »Fraktionssitzung vom 12. 12. 1972«. Beginn: 15.15 Uhr. Aufnahmedauer: 02:26:55. Vorsitz: Wehner.[[1]](#footnote-2)

Sitzungsverlauf:

A. TOP 1: Bericht des Fraktionsvorsitzenden *Wehner* über die Koalitionsgespräche. – Aussprache der Fraktion dazu.

B. TOP 2: Informationen (Erschwerte Einreisebedingungen bei Besuchen aus der DDR; Vorwegnahme von Fraktionsentscheidungen im Fraktionsvorstand).

C. TOP 3: Vorbereitung der Plenarsitzungen am 13. Dezember 1972: Wahl des Bundestagspräsidenten und seiner Stellvertreter. a) Wahl der sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestagspräsidiums: 1. Bundestagspräsident, 2. Vizepräsident, b) Antrag betr. Einsetzung des Haushaltsausschusses.

D. TOP 4: Vorbereitung der Plenarsitzung am 14. Dezember 1972: Wahl und Vereidigung des Bundeskanzlers. – TOP 5: Vorbereitung der Plenarsitzung am 15. Dezember 1972: Bekanntgabe der Bildung der Bundesregierung. Vereidigung der Minister.

E. TOP 6: Erste Beratung Haushalt 1972 am 15. Dezember 1972.

F. Vorlagen aus den Arbeitskreisen: TOP 7: Änderung des Rentenreformgesetzes. – Sonstiges: TOP 8: Nächste Termine. – Verschiedenes.

[A.]

**Wehner**: Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung liegt vor. Wird das Wort zur Tagesordnung gewünscht? Wird nicht gewünscht.

Zu Punkt 1 habe ich über die Koalitionsgespräche zu berichten. Am Freitag voriger Woche ist ja mitgeteilt worden durch eine vereinbarte Verlautbarung, dass die Verhandlungen von SPD und FDP zu den politischen Fragen der Regierungsneubildung erfolgreich abgeschlossen wurden, dass die Kommissionen sich am 23. und 28. November, am 5. und 6. Dezember unter der Leitung der Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Willy *Brandt* und Vizekanzler Walter *Scheel*, getroffen und dabei alle anstehenden Frage erörtert und eine Verständigung herbeigeführt hatten. So entsprechend diese Verlautbarung.

Es ist dann zur Sache zusammengefasst mitgeteilt worden, dass das Regierungsbündnis von Sozialdemokraten und Freien Demokraten die Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik, die Deutschland- und Berlin-Politik, die Verteidigungspolitik und die Politik für die innere Sicherheit zielstrebig fortsetzen werde, dass in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, ebenso in der Agrar- und der Verkehrspolitik über die Grundsätze der fortzuführenden Politik volles Einverständnis erzielt wurde, dass die stabilitätspolitischen Bemühungen in enger Zusammenarbeit mit der Bundesbank in Abstimmung mit den europäischen Partnern auf der Grundlage des 15-Punkte-Stabilitätsprogramms weitergeführt werden[[2]](#footnote-3), und zwar jenes Programms, das unmittelbar vor der Luxemburger Konferenz der Finanz- und Wirtschaftsminister der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaftsmitgliedstaaten[[3]](#footnote-4) vom Kabinett öffentlich mitgeteilt worden ist[[4]](#footnote-5). Die Koalitionspartner wollen den Ausbau der sozialen Sicherheit und des Bildungswesens, die Rechtsreform, die Reform im öffentlichen Dienst, den Schutz der Umwelt mit allen geeigneten Mittel fortführen. Schließlich wird gesagt, dass Steuerreform und vermögenspolitische Maßnahmen zu den dringlichsten Aufgaben der bevorstehenden Legislaturperiode gehören und dass besondere Aufmerksamkeit die Koalitionspartner in den kommenden vier Jahren der Berufsbildung, dem Bodenrecht, der Förderung des Wettbewerbs, dem Ausbau der Mitbestimmung zuwenden wollen. Es ist am Schluss festgestellt worden, dass dieses Ergebnis der Gespräche den Erfordernissen aus dem überzeugenden Wahlsieg des sozial-liberalen Regierungsbündnisses vom 19. November entspreche, das die Notwendigkeit der Fortsetzung dieser erfolgreichen Regierungsarbeit eindrucksvoll bestätigt hatte.

Nun zu den Punkten anhand der Notizen. Ich übergehe die hier eben in dieser zusammengefassten Weise schon erwähnten Feststellungen, die Außen-, Europa-, Sicherheitspolitik und so weiter betreffen, und erwähne nur, dass es einige zu Notiz genommene Punkte gibt, die in der Sache zu diesem Komplex gehören, etwa Hinweise auf Dauer des Wehrdienstes im Zusammenhang mit Fragen der Wehrstruktur, ferner das Bundeswehrhochschulen ihren Platz schließlich im Rahmen integrierter Gesamthochschulen finden sollen – eine Notiz, die erforderlich war, weil es ja da öffentliche Auseinandersetzungen früher und schon vor der Wahl gegeben hatte – und schließlich Probleme des zivilen Ersatzdienstes, des Zivildienstes, mehr Plätze, Zivildienstplätze in ursprünglicher Form wieder einbringen und das Prüfungsverfahren möglichst verbessern.

Nun, zu den Grundlinien der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist für die Regierungserklärung, die ja, wie wir wissen und es letztmals hier gesagt haben, am 18. gegeben werden soll[[5]](#footnote-6), also in Ruhe ausgearbeitet werden kann und auch soll, Folgendes festgehalten:

1. Die stabilitätspolitischen Bemühungen sollen energisch weitergeführt [werden] und zwar in enger Zusammenarbeit mit der Bundesbank, in Abstimmung mit den europäischen Partnern und durch geeignetes Einwirken auf die für Löhne und Preise maßgeblichen Kräfte auf der Grundlage des vorhin erwähnten 15-Punkte-Stabilitätsprogramms[[6]](#footnote-7).

2. wird davon ausgegangen, dass der Haushalt ’73 im Februar in Übereinstimmung mit den vorweg beschlossenen Eckwerten eingebracht wird.[[7]](#footnote-8) Dabei wird über den Ausgleich zu entscheiden sein. Steuerliche Mehrbelastungen können jedenfalls im weiteren Verlauf der Legislaturperiode nicht ausgeschlossen werden. Dass das hier so besonders festgehalten wird, Sie erlauben mir dazu die Erläuterung, ist das Ergebnis des Abtastens und Bohrens der sozialdemokratischen Seite beim Koalitionspartner, auf dessen Seite es ja wiederholt Auffassungen in Steuerfragen gegeben hat, die in unserem Interesse einer Klärung herbeizuführen waren.

3. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass aus konjunkturpolitischen Gründen Steuerzuschläge erhoben werden. Ich wiederhole auch hier, dass es nicht den Tatsachen entspricht, wenn an einem Tag der vorigen Woche fast alle Zeitungen mit der Behauptung aufgemacht haben, das sei für nächstes Jahr und auch noch in welcher Form beschlossen worden.

4. Wettbewerbspolitik soll aktiviert, die Kartellrechtsnovelle initiativ eingebracht werden von den Fraktionen.[[8]](#footnote-9) Die Vorausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen ist einvernehmlich sachkundigen Mitgliedern beider Fraktionen angetragen worden. In diesem Fall möchte ich bei diesen Hinweisen Wert darauf legen, dass die Aufhebung der Preisbindung zweiter Hand in dem Zusammenhang ausdrücklich auch vom Koalitionspartner als in dieser Novelle zu verwirklichen betont worden ist.

5. Das Instrumentarium des Stabilitätsgesetzes soll überprüft und wirksamer gestaltet werden.[[9]](#footnote-10) Eine sicher sehr schwierige Aufgabe.

6. Zum Komplex Steuerreform: Diese wird als eine Gesamtaufgabe, die in dieser Legislaturperiode zu erfüllen ist, verstanden. b) Unter Beachtung der Ausgewogenheit soll das Ziel verfolgt werden, das zweite und dritte Steuerreformgesetz gemeinsam in Kraft treten zu lassen, damit die Be- und Entlastungswirkungen insgesamt nicht zeitlich auseinanderfallen. c) Es wird von den beschlossenen Eckwerten ausgegangen, aber beide Partner behalten sich vor, einzelne Punkte wieder oder neu aufzugreifen, jedenfalls Kindergeld aufgrund Einwendungen der Länderfinanzminister zu überprüfen. Es besteht dabei die Meinung, dass es möglich ist, [dies] trotz dieser Einwände, die ohne Unterschied der Couleur gemacht worden sind, zustande zu bringen. Ferner bisher vorgesehene Anrechenbarkeit Körperschaftsteuer auf Auswirkungen und Missbrauchsmöglichkeiten überprüfen, was naturgemäß von unserer Seite besonders dringend verlangt worden war. Spitzensatz davon abhängig, ob und welche vermögenspolitische Komponente kommt. Das ist in Kurzschrift sozusagen festgehalten.

7. Abbau steuerlicher Begünstigungen und Subventionen. Hier sollen konkrete Entscheidungen unabhängig von der Steuerreform getroffen werden. Dabei ist auch erwogen und wird wohl geprüft, inwieweit eine entsprechende Übersicht der Bundesbank dafür nutzbar gemacht werden kann, wenn das fruchtbar erscheint.

8. Vermögenspolitik, Sparförderung. a) Allgemeiner Ausbau der Sparförderung aus Haushaltsgründen nicht möglich, das heißt, das ist nicht etwa ein Riegel, sondern das heißt, dass es dafür Grenzen gibt, weil das den Staat Geld kostet und man die Grenzen dafür einhalten muss. Und es wird dann ergänzt: Stattdessen durchgängig Begrenzungen auf bestimmte Einkommensgruppen ins Auge fassen. Dass das im konkreten Fall jedes Mal Erörterungen und mehr als Erörterungen bedarf, das wissen die, die davon eine Ahnung haben. b) Die Regierung wird einen Gesetzentwurf vorlegen mit dem Ziel, breitere Bevölkerungsschichten am Zuwachs zum Produktivvermögen der Volkswirtschaft zu beteiligen. Unternehmen von einer bestimmten Größe an sollen unabhängig von ihrer Rechtsform dazu verpflichtet werden, Beteiligungswerte unentgeltlich oder zu Vorzugspreisen den breiteren Schichten der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Beteiligungen sollen unter Inanspruchnahme des bestehenden Bankenapparates durch dezentrale Fonds verwaltet werden. Das einfach als eine Hypothese, die deswegen etwas ausführlicher hier in den Notizen festgehalten worden ist, weil es in dieser Frage schon bei den Eckwertauseinandersetzungen unterschiedliche Meinungen gab, die nur unter großen beidseitigen Bemühungen zu Kompromissen geführt haben, und weil dies sicher neuralgische Punkte enthält.

9. Energiepolitisches Gesamtkonzept soll bis Mitte 1973 vorgelegt werden, das heißt, es wird in der Regierungserklärung angekündigt werden. Dabei ist der Steinkohle im Verstromungsbereich im Interesse sicherer Elektrizitätsversorgung eine wesentliche Aufgabe zuzuweisen.

10. Hervorhebung strukturpolitischer Probleme, unter anderem im engen Zusammenhang mit der energiepolitischen Gesamtkonzeption, wenn auch nicht nur, es soll nicht missverstanden werden, etwa Bergbau, Werften, Tankerflotte – und es gibt noch einige andere –, und andererseits Konzentration der als Fördergebiete bezeichneten Gebiete und Überprüfung der Maßnahmen in diesen Gebieten sowie des Investitionszulagengesetzes, weil das zum Teil heute schon so breit gestreut ist, was da gezahlt wird, dass man jetzt einmal – unscharf gesagt – sagt, 60 Prozent werden schon fallen unter diese Gebiete.

11. Agrarpreisstruktur, Sozialpolitik. In der Agrar- und Ernährungspolitik wird der begonnene Weg zur Verwirklichung einer vergleichbaren gesellschaftlichen Situation für die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen weiterverfolgt. Ihr Ziel im Rahmen einer umfassenden Politik für den ländlichen Raum bleibt die Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande und die Entwicklung der Landwirtschaft zu einem gleichrangigen Teil unserer modernen Volkswirtschaft, der an der allgemeinen Einkommensentwicklung voll teilnimmt.

12. Verbraucherpolitik soll intensiviert, das Lebensmittelrecht weiterentwickelt werden.

13. Tarifpolitik bei Bahn und Post soll ihren Spielraum stärker ausschöpfen.

14. Schwerpunkte der Verkehrspolitik, genannt werden Ausbau und Modernisierung des Schienennetzes der Bahn, verstärkter Ausbau des Nahschnellverkehrs und Ausweitung der Zweckbindung der Mineralölsteuer auf verkehrspolitische Zwecke im Allgemeinen.

15. Politik betreffend ausländische Arbeitnehmer soll überprüft und systematisiert werden, ohne dass wir dabei hier ausdrücklich verkünden, dass das heißt ein, ein – na sag’ ich’s vorsichtiger – weitere Ausweitung nicht zu fördern. Beim Ausbildungsförderungsgesetz ist keine Ausweitung möglich[[10]](#footnote-11), desgleichen nicht beim Arbeitsförderungsgesetz[[11]](#footnote-12), wo auch Missbrauch verhindert werden muss, dessen Tatbestände genauer gefasst werden sollen. Novellierung also.

In der beruflichen Bildung, die wie die allgemeine Bildung eine öffentliche Aufgabe ist, soll die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit mit den anderen Bildungsbereichen gewährleistet werden. Sie soll in Schule und Betrieb integriert vermittelt werden durch Ausbau der Bildungsberatung, Bildungsgänge, die beruflich und allgemeine Bildung stärker verknüpfen, Programm für den Ausbau und die innere Ordnung der betrieblichen Ausbildungsstätten, Fortsetzung der Reform der Ausbildungsordnungen. Die Bundesregierung wird in der Bildungsgesamtplanung darauf drängen, die Investitionen und die Lehrerausbildung für die berufsbildenden Schulen zu verstärken, auch Ausbau der Modellversuche. Für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis, Jugendarbeiter, ist ein Programm aufzustellen, das sie zu beruflichen Bildungsmaßnahmen führt. Bericht gemäß Arbeitsförderungsgesetz und etliche Gutachten sollen abgewartet und geprüft werden.

Dann der Punkt Mitbestimmung, mehr Demokratie. Dem Betriebsverfassungsgesetz[[12]](#footnote-13) wird die Modernisierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes folgen, das initiativ, das heißt durch die Fraktionen, eingebracht wird. Im Sinne des Beschlusses der Pariser Gipfelkonferenz[[13]](#footnote-14) Eintreten für Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft, was ja auch Probleme rückwirkender Art aufwerfen wird, die zur gegebenen Zeit uns nicht unvorbereitet treffen dürfen. Prüfung des Gedankens, im Kontakt mit den Beteiligten und durch Novellierung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes zu einem gesamtwirtschaftlichen Konsultativorgan statt der Konzertierten Aktion[[14]](#footnote-15) und der sozialpolitischen Gesprächsrunde beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zu gelangen. Dies wäre etwas, was auch gewerkschaftlich Interesse fände im Sinne überbetrieblicher Mitbestimmungsentwicklung. Zum eigentlichen Thema, also Mitbestimmung: kein Ausklammern, sondern beide Partner sind entschlossen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Mitbestimmung erweitert wird. Beide Partner stimmen darin überein, dass der Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, der gemeinsam angestrebt wird, von der grundsätzlichen Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern auszugehen hat. Über die Form wird unter Berücksichtigung der verschiedenen Vorschläge der Koalitionspartner nach weiteren Untersuchungen entschieden werden.

Dann kommt {…} des Umweltprogramms, unter anderem Grundgesetzänderung Wasserwirtschaft, Naturschutz, Landschaftspflege, Bundeswaldgesetz, ein Grundrecht auf saubere Umwelt auszuarbeiten. Problematik also Qualität des Lebens. Wir wollen insgesamt mit Grundgesetzergänzungen und -änderungen sehr sparsam umgehen, aus vielen Gründen. Auch weil jede etwas kostet wegen der Zweidrittelmehrheit, aber nicht nur deswegen.

Dann zum Kapitel Raumordnung, Bodenrechtsreform, Wohnungspolitik. Das Raumordnungsprogramm soll ’73 verabschiedet werden. Grundsatz der Eigentumsförderung für möglichst viele Bürger, ein Haus oder eine Wohnung erwerben zu können, Mieteigentumsgesetz[[15]](#footnote-16) erneut einbringen. Novellierung des Bundesbaugesetzes einleiten, um das Instrumentarium des Städtebauförderungsgesetzes in das allgemeine Bauplanungsrecht zu übertragen, das heißt, Planungsinstrumente und Planungswertausgleich. Bodenwertzuwachssteuer vorbereiten, die realisierten Bodenwertzuwachs besteuert und darüber hinaus vor allem bei nicht bebauten Grundstücken mit Ausnahme der landwirtschaftlich genutzten Flächen Bodenmobilität erhöht. Die Frage der Grunderwerbsteuer muss in diesem Zusammenhang geprüft werden. Die Fortsetzung der langfristigen sozialen Wohnungspolitik bringt die Überprüfung der Befristung des Kündigungsschutzes im sozialen Mietrecht, der ja in einer bestimmten Zeit ausläuft. Da aber die andere Seite nicht bereit war, ihn absolut aufzuheben, sondern die Überprüfung dieser Befristung mit dem Ziel, das unser Ziel ist, zu machen.

Dann kommt der Ausbau der sozialen Sicherheit. Die Arbeiten am Arbeitsgesetzbuch und am Sozialgesetzbuch sollen fortgeführt werden. Die Verstärkung der Arbeitssicherheit soll gesetzlich verankert werden. Die Rehabilitation Behinderter und Schwerbeschädigter ist diesmal Schwerpunkt der Sozialpolitik. Notwendige Korrekturen der Rentenreform sollen baldmöglich vorgenommen werden. Hilfen für ältere Menschen, Schutz gegen Drogen- und Rauschmittelmissbrauch und die Gesundheitsvorsorge, alles als Stichworte notiert.

Dann unter Politik für die Frauen: Auswertung und Weiterführung des Frauenreports, zielstrebige Durchsetzung der Gleichberechtigung, unter anderem durch schrittweise Gleichbehandlung der Frauen in der sozialen Altersversicherung. Darum wird die Bundesregierung über die durch das Rentenreformgesetz erfolgte Verbesserung hinaus Regelungen anstreben, die der nicht oder nur zeitweilig berufstätigen Hausfrau einen eigenen Rentenanspruch sichern und die Unterschiede in der Gewährung der Hinterbliebenenrente bei Witwe und Witwer beseitigen. Die Änderung des Paragraphen 218, das heißt Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes: in der Regierungserklärung keine Formel anbieten und deutlich machen, dass Gewissensfragen involviert sind. Wir sind übereinstimmend der Meinung, dass die Fraktionen den Gesetzentwurf einzubringen hätten. Dann kommt unter Politik für die Jugend in Stichworten Volljährigkeitsgrenze, Jugendhilferecht, Jugendarbeitsschutz. Da gibt’s einen besonderen Merkposten Sportförderung. Schließlich unter Politik für die Familie: Ehe- und Familienrecht einschließlich Adoptions- und Kindschaftsrecht, Familienlastenausgleich, Kindergeld, Freizeitprobleme.

Dann unter Presserecht und Medienpolitik: Presserechtsrahmengesetz[[16]](#footnote-17), Fusionskontrolle für Presse- und Medienunternehmen[[17]](#footnote-18), Zusammenhang Post mit Kommunikationstechnologie, Sicherung der öffentlich-rechtlichen Struktur des Rundfunks, Infrastrukturkonzept erforderlich.

Dann einige Notizen zu Staat und Bürger. Konsequente Weiterführung der Reform von Strafrecht und Strafvollzug. Verbesserung der Verkehrssicherheit als besonderer Schwerpunkt.

Und dann zu Fragen der staatlichen Ordnung. Mischfinanzierung soll nicht ausgedehnt werden, auch um steuerliche Teilung Bund–Länder nicht weiter zu präjudizieren. Das ist also ein fester Vorsatz, an den die Partner sich halten wollen. Enquete-Kommission Verfassungsreform des Bundestages[[18]](#footnote-19) soll erneut eingesetzt werden. Umfassende Reform in dieser Legislaturperiode nicht spruchreif, noch nicht spruchreif. Praxisorientierte Weiterentwicklung des Bund-Länder-Verhältnisses. In der Regierungserklärung wird auf baldige Vorlage des Gutachtens zur Neugliederung verwiesen werden. Der Vorschlag zur Neugliederung nach Veröffentlichung des Gutachtens ist zu prüfen, das heißt, es gibt da keine Präjudizierung, wann, wo, wie, in welcher Reihenfolge solche Neugliederungsschritte getroffen, gegangen werden.

Dann Dienstrechtsreform. Abwarten des Gutachtens, das für Mitte des Jahres angesagt ist.[[19]](#footnote-20) Einigkeit über notwendige funktionale Differenzierung im öffentlichen Dienst, ja, im öffentlichen Dienst, und es wird also dabei eine Richtung eingenommen, die nicht die Beamteneigenschaft sozusagen auf noch mehr, auf noch mehr Beschäftigte ausdehnt, etwa diese Tendenzen.

Eine Novelle zum Artikel 10 [GG].[[20]](#footnote-21) Dann einiges zu Gesellschaft und Staat, was Punkte der Regierungserklärung betrifft: das Verhältnis zu den Kirchen, Verhältnis zu den anderen pluralistischen Gruppen, Gemeinwesen und Bürger.

Das ist in Stichworten notiert das, was Ergebnisse der Koalitionsgespräche sind. Wir hatten hier in der vorigen Fraktionssitzung gesagt, dass diejenigen, die zusammen mit anderen Vorschläge oder Anmerkungen geben möchten, dies tun sollten, und ich bin sehr dankbar dafür, dass wir hier Ausarbeitungen haben über Mitbestimmung, über Kartellrecht, über Steuern, über berufliche Bildung, über Bildung und Wissenschaft, über Bodenrecht, über Verkehrspolitik, über Inneres und seine verschiedenen Teile, über Agrar- und Ernährungspolitik, über Medienpolitik. Dafür ist all denen nicht nur zu danken, sondern zu sagen, dass dies bei den Erörterungen schon eine Rolle gespielt hat und weiter bei der Formulierung der Regierungserklärung als auch für die praktische Behandlung der infrage kommenden, infrage kommenden Kapitel beziehungsweise Sachpunkte immer parat gehalten werden wird und eine Rolle spielen wird.

Nun haben am 10. [Dezember], das heißt Sonntagabend, die beiden Parteivorsitzenden[[21]](#footnote-22) ihre Gespräche über Kabinettsstruktur und Personalfragen zu führen begonnen, die dann gestern fortgesetzt worden sind und soweit geführt haben, dass die Vorsitzenden der beiden Fraktionen der SPD und der FDP sich heute Mittag instandgesetzt haben, dem Bundespräsidenten Gustav *Heinemann* zu erklären, dass auf die vorgeschriebene und vorgesehene Weise zur Wahl des Bundeskanzlers, Bundeskanzler Willy *Brandt* vom Bundespräsidenten vorgeschlagen werden soll. Die Fraktion der FDP hat das gestern Abend einstimmig gebilligt. Sie ist dazu aufgefordert worden, dem Fraktionsvorsitzenden eine solche Vollmacht zu geben. Das war, nachdem sie von ihrem Parteivorsitzenden, dem Außenminister und Vizekanzler[[22]](#footnote-23), über den Verlauf der Gespräche und auch über Tendenz dieser Gespräche zwischen den beiden Parteivorsitzenden informiert werden konnten, deren Möglichkeit und auch Notwendigkeit. Ich habe mich befugt gefühlt, der Aufforderung meines Parteivorsitzenden entsprechend, dieses Gespräch mit dem Kollegen von der FDP mit dem Bundespräsidenten zu führen, damit nichts versäumt wird. Die Koalitionsgespräche hatten nach dem Abschluss der Beratungen über Inhalte auch eine Information Willy *Brandts* über Überlegungen die Kabinettsstruktur betreffend am Freitagabend noch gebracht. Das waren grundlegende Überlegungen und noch keineswegs {…}, weil das Gespräch der beiden Parteivorsitzenden noch bevorstand und das sind dann zwei Gespräche geworden aufgrund von Ansprüchen oder Anrechten oder Überlegungen, wie man Ressorts miteinander in besseren Einklang bringen kann aus sachlichen Gründen, das war also da an dem Freitag höchstens in Umrissen möglich. Inzwischen ist der Bundeskanzler Willy *Brandt* fleißig am Ausarbeiten seiner Kabinettsliste, die ja, was uns betrifft, auch so vollständig wie möglich die infrage kommenden Positionen, Parlamentarische Staatssekretäre und Personen für diese Positionen, umfassen soll.

Wir hatten der Fraktion vorgeschlagen vom amtierenden Fraktionsvorstand aus, dass wir am 15. eine – am 14. eine Fraktionssitzung 16.30 Uhr halten wollen[[23]](#footnote-24), in der der Bundeskanzler zu dem am nächsten Tag bevorstehenden Akt der Ernennung der Kabinettsmitglieder und der übrigen sprechen wird, die ja für den 15. vorgesehen ist. Solange wir – und das ist ein anderes Kapitel – diese Gesamtübersicht nicht haben können, sind wir außerstande, die erforderlichen weiteren eigenen Überlegungen und Dispositionen [vorzunehmen], die zur sobald wie möglich vorzunehmenden wirklichen Konstituierung der Fraktion, sprich Wahl ihres Fraktionsvorstandes, ihrer Arbeitskreisvorsitzenden und Obleute für die Ausschüsse notwendig sind, wozu ja auch erforderlich ist – das können wir erst, nachdem wir klarsehen, welche Ministerien bestehen werden, wie es um die Art und Zahl der Ausschüsse bestellt ist. Doch das, wie gesagt, nebenbei.

Jetzt richtet sich natürlich das Interesse auf die in dieser Woche uns bevorstehenden Akte, die – abgesehen von der Konstituierung des Bundestags, was sein Präsidium betrifft, wozu wir ja einen besonderen Tagesordnungspunkt haben[[24]](#footnote-25) – die Wahl des Bundeskanzlers und dann nach der Ernennung der Kabinettsmitglieder deren Eidesleistung vorsieht. Und dann sind wir mitten schon in Arbeiten, über die unsere Tagesordnung heute einiges, einiges aussagt, vor allen Dingen Haushalt betreffend, zu dem die Opposition sich inzwischen durch einen Beschluss geäußert hat[[25]](#footnote-26), und auch das Rentenreformgesetz[[26]](#footnote-27), über das wir das vorige Mal einiges gesagt haben, zu dem es heute eine Vorlage gibt, die mit dem Koalitionspartner erörtert worden ist[[27]](#footnote-28). Das also ist, was ich zu dieser bisher zurückgelegten Strecke Koalitionsgespräche zu sagen habe, möchte am Schluss nur noch erwähnen: Es waren dabei miteinander in Beziehung zu bringen die Regierungserklärung vom Oktober 1969[[28]](#footnote-29) und die daraus resultierenden Vorlagen, die ja noch haben nicht abgeschlossen oder verabschiedet werden können, man denke nur an die Steuerreform, außerdem die Parteitagsbeschlüsse beider Partner und schließlich die entsprechenden Wahlprogramme beider Partner. Die sind nicht in allen Punkten und manchmal in wesentlichen Punkten deckungsgleich, und hier lagen die Probleme, hier werden sie auch liegen im weiteren Verlauf der Arbeit, vorwiegend der parlamentarischen, wenn auch nicht nur der parlamentarischen Arbeit. Die Erfahrung wird uns lehren, dass manches, was im Kabinett unter Umständen schwierig zustande zu bringen ist, zum Teil hier durch gewisse Hilfen oder Initiativen zustande gebracht werden kann. Ich will nun dabei jetzt gar keine Projekte herausfischen. Das, was ich hier an Notizen wiedergegeben habe und nur ganz wenig hier und da durch eine Klammerbemerkung ergänzt habe, ist jedenfalls das, was beide Seiten als für Beginn und Richtung ihrer Arbeit im Koalitionsbündnis für verbindlich halten und was seinen Ausdruck, seinen verbindlichen Ausdruck für das Ganze in der Regierungserklärung und den dazugehörigen Handlungen finden wird. Ich danke für die Geduld.

(Beifall.)

Wird das Wort gewünscht? Rolf *Meinecke*.

**Meinecke** (Hamburg): Liebe Genossinnen und Genossen, in der letzten Woche auf der Fraktionssitzung hat unser Fraktionsvorsitzender, den wir grade gewählt hatten, angeregt, dass diese Fraktion, diese neue Fraktion sich breitgestreut an der Meinungsbildung, an der politischen Meinungsbildung bezüglich der Inhalte der Koalitionsgespräche beteiligen konnte und sollte. Dieses ist geschehen, es haben sich mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Ich möchte jedenfalls für meine Person sagen, und ich bin zum dritten Mal jetzt in diesem Bundestag, dies war neu in dieser Fraktion, und ich möchte mich meinerseits bei dem Fraktionsvorsitzenden Herbert *Wehner* bedanken für die Möglichkeit, dass wir mitwirken konnten an der Formulierung und an den Inhalten, die dann zu den Fraktionsgesprächen geführt haben.

Zweitens. Herbert *Wehner* hat diesbezüglich von den Inhalten der Koalitionsgespräche geredet. Er hat dann darüber gesprochen, dass es sich nunmehr handelt um Überlegungen, über erste Überlegungen, die zwischen den beiden Partnern erörtert worden sind bezüglich der Kabinettsstruktur und bezüglich der Personen, die diese neun Ministerien verantwortlich leiten sollen. Zu den Personen möchte ich hier nichts sagen und ich möchte auch ausdrücklich sagen, dass ich in aller Anerkennung und mit allem Respekt rede vor den verfassungsrechtlichen und sonstigen Rechten des von uns neu zu wählenden und neu zu stellenden Bundeskanzlers in dieser Angelegenheit. Da es sich aber nunmehr heute um Überlegungen handelt, gebietet mein Gewissen als Abgeordneter mir, wenn überhaupt für ein Thema eine persönliche Meinung zu äußern, dies hier heute tun zu müssen, um damit auch mein persönliches Gewissen zu entlasten. Und dies bezieht sich auf gewisse Strukturveränderungen des neuen Kabinetts, die ich, soweit Pressemeldungen stimmen, wenn sie so geplant sind, für falsch halte. Sie beziehen sich darauf, dass offenbar Willy *Brandt*, also unser neuer Bundeskanzler, plant, das bisherige Haus für Bildung und Wissenschaft zu teilen und zu trennen in zwei Ministerien.[[29]](#footnote-30) Und ich gehe jetzt davon aus, dass meine Informationen durch die Presse richtig sind. Ich würde ja als Mitglied des Fraktionsvorstandes nicht sprechen, wenn ich nicht[[30]](#footnote-31) früher dort zu diesem Thema hätte mein Wort machen können, aber diese Informationen haben wir im Fraktionsvorstand bis jetzt nicht bekommen. Ganz kurz will ich sagen warum. Wir haben in der letzten Periode ungefähr drei Jahre lang mit der CDU/CSU gekämpft, um die Einheit von Bildung und Wissenschaft im Ausschuss zu erhalten, was nicht unbedingt was für das Haus sagt, aber den Bestrebungen entgegenzutreten, Wissenschaft und Technologie gewissermaßen so als eine Art Edelwissenschaft, als eine Art Edelpolitik abzutrennen von den niederen Gebilden und Gefilden der Bildung, so in der Art wie *Stoltenberg* ja da im Weltraum herumfuhrwerkte[[31]](#footnote-32), nicht wahr, den Mond und den Mars im Angesicht, und die Probleme auf der Erde nicht lösen konnte. Wenn man diese beiden Häuser trennt, Genossinnen und Genossen und lieber Herr Bundeskanzler, wird man in die Gefahr geraten, ein Kompetenzministerium zu haben, das nämlich die verfassungsmäßigen Kompetenzen hat, und ein Inkompetenzministerium, nämlich ein Peter-Ministerium, wenn ich so sagen darf, weil ich ja annehmen muss, dass keine wesentlichen Änderungen an der Verfassung geplant sind. Dann die Papiere, von denen ausgegangen wurde, und dazu gehören auch die Freiburger Thesen der Freien Demokraten[[32]](#footnote-33) und ihre Wünsche bezüglich einer Verfassungsänderung hinsichtlich der Bildung, sind hier nicht erläutert worden. Ich möchte also für meine Person und ich glaube für die größte Zahl auch der bisherigen Arbeitsgruppe, mit der wir zusammenarbeiten konnten, davor warnen, diese beiden Häuser aufzusplittern in zwei getrennte Häuser, das eine zuständig für Bildung, das andere für Wissenschaft und Technologie.

(Vereinzelter Beifall.)

**Wehner**: Willy *Brandt*.

**Brandt** (Berlin): Darf ich zunächst, liebe Genossen, nachdem ich das vorige Mal nicht da sein konnte und der Fraktion schriftlich meinen Dank gesagt hatte für die gemeinsame Anstrengung im Wahlkampf, mich bei der Fraktion für die Wünsche bedanken, als es mir nicht gut ging und das war auch mit Süßigkeiten verbunden, die mir in meinem Zustand des Nichtrauchers, in dem ich angekommen bin, sehr wohlgetan haben, allerdings vermutlich sich das auch auf das Körpergewicht nachteilig auswirken werden, wie andere hier aus leidvoller Erfahrung wissen. Ich komme gleich auf die konkreten Dinge von Rolf *Meinecke* zu sprechen. Ich darf vorweg nur folgende Bemerkung machen, damit ich vielleicht darauf nicht noch getrennt eingehen muss. Als ich hier reinkam, hat jemand gefragt, ob ich hier die Fraktion ausschimpfen wollte. Ich habe die Absicht nicht. Ich habe auch Sonntag nicht das Empfinden gehabt, irgendjemand auszuschimpfen. Das, was ich gesagt hatte, ist im Extrakt festgehalten, ist in der Wiedergabe hier und da ein bisschen einseitig aufgefasst worden.[[33]](#footnote-34) Es ist wie im Angelsächsischen aufzufassen unter der Überschrift »to whom it may concern«, wen es betrifft

(Heiterkeit. Vereinzelter Beifall.)

und wer sich dadurch angesprochen fühlt. Es ist aber, einmal Scherz beiseite, wirklich meine große Sorge gewesen und ist es noch, dass wir durch Fehldisposition und Ungeschicklichkeiten in diesen Wochen den Erfolg gefährden, um nicht zu sagen, verspielen könnten. Dann ist es wichtig bei dem, was wir jetzt besprechen, immer daran zu denken, die Regierungserklärung kommt erst in fünf Wochen, die Arbeitskreise und die sonst Interessierten, auch die einzelnen, werden sich ja nicht nur weiter betätigen, sondern in manchen Fällen ausdrücklich gebeten werden, auch während der Weihnachtspause sich hierzu und dazu noch mal zu äußern und am Freitag wird, wenn nicht sich der Terminkalender noch mal verschiebt, es könnte ja auch sein, dass ich am Donnerstag sage, ich möchte noch nicht am Freitag ein Kabinett vorstellen, sondern möchte das erst Anfang der Woche tun, dann geht die Welt auch nicht unter, wird den Gesamtablauf nicht verändern. Jedenfalls am Freitag oder an einem der ersten Tage der neuen Woche werde ich eine ganz kurze Erklärung abgeben, die dem Respekt entspringt vor dem Bundestag, ihn wissen zu lassen, was bis zur Bekanntgabe und Diskussion der Regierungserklärung geschehen muss, damit nicht Dinge liegenbleiben, die erledigt werden müssen. Nicht, also außenpolitische Dinge geschehen, denn der weltpolitische Kalender, der richtet sich nicht nach unseren Wahlterminen und Weihnachtsferien und innenpolitisch, deutschlandpolitisch gibt’s eine ganze Reihe von Dingen, die laufen weiter, bevor der Bundestag seine Gesamtdebatte haben kann, und die müssen also – ich lese immer was von einer Zehn-Minuten-Erklärung, es können auch zwölf werden, ich bitte mich deswegen nicht aufzuhängen –, das wird also festgehalten werden müssen und wenn das Bedürfnis besteht, natürlich auch diskutiert werden müssen.

Dann zu den Personalia und das, was hier jetzt zu einer Abgrenzungsfrage kommt, liegt ja schon auf der Grenzlinie zwischen einem Sachproblem und den dann damit verbundenen Personalproblemen. Erstens, ich möchte euch sagen, Wahlkampf macht mehr Spaß als die vielen Gespräche, die mit der Zusammensetzung einer Regierung zusammenhängen. Noch mehr Spaß, so wollte ich sagen.

(Heiterkeit.)

Wahlkampf machte noch mehr Spaß als dies. Es gibt, wiederum Scherz beiseite, viele gute Anregungen auch von einzelnen in Form von Briefen oder Gesprächen, die sind alle genau registriert, aber keiner wird es falsch auffassen, wenn ich sage, dass sich aus ihnen zusammengenommen natürlich mehrere Bundesregierungen ergeben, mehrere oder Bundesregierungen für sehr viel größere Staaten oder Regierungen von solchem Typ, wie in den sogenannten sozialistischen Staaten, wo man für jeden einzelnen Zweig der Wirtschaft zugleich einen einzelnen Minister benennt, dann ergibt das eine große Zahl, nämlich das geht in die Dutzende. Dieses ist bei uns nicht vorgesehen und zwingt also von vornherein zu einer gewissen Begrenzung, wie ja auch ohnehin, das hatte ich vor dem Parteirat anklingen lassen, ein Wahlerfolg nicht dazu zwingt, nun mit einer völlig neuen Mannschaft zu kommen, denn der Wahlerfolg spricht nicht dafür, dass die alle Mist gebaut haben, mit denen man zusammen in die Wahl gegangen ist.[[34]](#footnote-35) Das wiederum ändert nichts daran, dass nicht im Laufe der Legislaturperiode sich manches mit einem Blick auf die nächste Wahl weiterentwickeln sollte, sachlich und personell. Diese Erwägung hatte ich dort vorgetragen. Manches davon wird man wiederfinden in den Vorschlägen Ende der Woche.

Und nun zu dem konkreten Thema. Man kann eine ganz extreme Position einnehmen, Rolf [*Meinecke*], die ist folgende: Ich glaube, *Genscher* würde ihr große Sympathie entgegenbringen, *Scheel* auch und der frühere Außenminister sympathisiert mit ihm, das Einfachste ist, man hat nur ein Innen- und ein Außenministerium, und die einen machen das, was zuhause ist, und die anderen das, was draußen ist. Dann gibt’s noch Extremere, die sagen, das Kanzleramt reicht auch mit den entsprechenden Abteilungsleitern oder Staatssekretären dort. Dies ist wieder natürlich etwas flapsig gesagt, aber nicht gedacht. Es ist, was immer in der Presse gestanden haben mag, nicht beabsichtigt, den Bereich Bildung und Wissenschaft auseinanderzureißen, sondern was überlegt wird, noch nicht abgeschlossen ist in den Überlegungen, setzt voraus einen gemeinsamen, den gemeinsamen Verantwortungsbereich Bildung und Wissenschaft zu erhalten, ihm sogar einige neue, von ihm bisher getrennte Verantwortlichkeiten zuzufügen und, wie hier schon erwähnt wurde, die Berufsbildung zu einem Schwerpunkt der vor uns liegenden Legislaturperiode zu machen, was Abklärungen mit zwei andern Häusern bekanntlich erfordert, was mit dem einen leichter zu sein scheint als mit dem andern, aber es wird sich zeigen morgen und übermorgen, wie weit wir da kommen. Und dann ist daran gedacht, dass neben dem Ministerium – oder überlegt – für Bildung und Wissenschaft eins für Forschung im Sinne von angewandter Forschung und Technologie, auch solcher, die heute zum Teil woanders angesiedelt ist, entwickelt wird mit einen Schwerpunkt, den es bisher nicht gab, auf Kommunikationstechnologie, das war in der einen Klammerbemerkung beim Herbert [*Wehner*] eben drin. Wer also den Medienpolitischen Parteitag in Erinnerung hat vom November in Bonn[[35]](#footnote-36), der wird sich daran erinnern, dass es neben der Problematik Presserechtsrahmengesetz, das ich mal beiseitelasse, eine gibt für diesen großen Bereich, in dem im Augenblick in Amerika und in Japan mit Hunderten von Millionen als Einsatz die ersten Großversuche im Gange sind in der Verkabelung von EDV, Fernsehen und dem, was einmal sich niederschlagen wird in faksimilierten Zeitungen, die den armen Leuten, die an solche Netze angeschlossen sind, ins Haus expediert werden.

Die Frage ist, wollen wir diese Entwicklung einfach getrennt laufen lassen oder wollen wir sie als einen Schwerpunkt der technologischen Dinge bei uns versuchen, mit in den Griff zu bekommen. Darum geht es, Rolf [*Meinecke*], und ich glaube, wenn wir überhaupt uns entschließen, was noch nicht ganz raus ist, dann finden wir eine Lösung, die deinen Erwägungen Rechnung trägt. Ich darf im Einverständnis mit Herbert [*Wehner*] darauf hinweisen, ihm war ein Exemplar zugegangen der Notizen über unsere Koalitionsgespräche, in dem eine Seite fehlte von einem, der es nicht gut mit der Bildungspolitik gemeint haben kann, und dadurch darf ich vielleicht nachtragen, Rolf, dass, und das liegt gerade im Sinne eurer Überlegungen, dass auf dieser Seite, die man dem Herbert in dem zugestellten Exemplar unterschlagen hat, erstens noch festgehalten war, das betrifft nicht die Bildungspolitik, sondern die Entwicklungspolitik, dass das Bemühen fortgesetzt werden soll, wie unsere europäischen Partner und in engem Kontakt mit ihnen die öffentlichen und privaten Leistungen zu steigern, was ganz bewusst keine Festlegung auf Prozentsätze bedeutet, aber doch bedeuten muss, dass wir uns hier nicht völlig anders verhalten können, als es andere verantwortungsbewusste europäische Staaten tun, und zur Bildungspolitik, bevor wir zur Berufsbildung kommen, festzuhalten, Förderung, und da sind beide Partner einig, der Bildungsreform im Rahmen der grundsätzlichen und finanziellen Möglichkeiten mit, wie ich sagte, dem neuen Schwerpunkt der Berufsbildung und als gemeinsame Grundsätze, dass die Einheitlichkeit des Bildungswesens und seiner Reform gewährleistet werden müssen und dass der Bund hierzu Initiativen ergreifen wird, dass im Übrigen die bestehenden Kompetenzen ausgeschöpft werden müssen, dass der Bildungsgesamtplan sobald als möglich verabschiedet werden sollte, dass mit den Ländern als Teil der Vorstellung auch die Frage der Gesamtschulzeit erörtert werden sollte und dass ein Hochschulrahmengesetz, da knüpfen wir dann an eine der unerledigten Aufgaben der letzten Legislaturperiode an, zur Erneuerung der Hochschulen notwendig ist, dass es sobald wie möglich erneut eingebracht werden soll; dabei bestehende Kompetenzen ausschöpfen, Studiendauer verkürzen, nach Möglichkeit Studienjahr einführen. Hört sich auch ein bisschen brutal an, ist aber wohl notwendig. Schönen Dank.

(Beifall.)

**Wehner**: Wer wünscht weiter das Wort? Norbert *Gansel*.

**Gansel**: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe doch noch mal eine Frage zu den Personalia. Ich kann meinen Beitrag beginnen wie Rolf *Meinecke* und darauf hinweisen, dass ich sehr wohl Respekt habe vor den Buchstaben der Verfassung, die hier dem Kanzler die alleinige Kompetenz gibt. Ich kenne aber auch die Verfassungswirklichkeit und wir alle wissen, wie in der Öffentlichkeit darüber diskutiert und informiert wird. Wir alle haben gehört über das Verfahren bei der FDP, die ja gestern, ich glaube fast zwölf Stunden lang, diskutiert hat über sachpolitische und personalpolitische Probleme im Zusammenhang mit der Regierungsbildung, und ich glaube auch, es beweist durchaus Respekt vor dem Geist der Verfassung, wenn man dennoch der Auffassung ist, dass die Partei und die Fraktion im Prozess der Entscheidung über personalpolitische Probleme, ressortpolitische Probleme, darüber informiert wird und darüber diskutieren kann. Ich möchte doch darum bitten, dass wir etwas mehr darüber hören können – und zwar heute –, und ich möchte zum anderen darum bitten, dass wenn eine gesonderte Fraktionssitzung zu dem Thema stattfindet, ob es dann nicht möglich sein wird, das Verfahren so zu gestalten, dass wir nicht schon vorher eine quasi fertige Kabinettsliste aus der Presse erfahren am Mittwochmorgen, an dem die Fraktionssitzung dann zusammentreten wird.

**Wehner**: Das manches, gut nur, das weiß ich nicht, wie jemand verhindern soll, Presseveröffentlichungen also nicht stattfinden zu lassen, und dass diese Veröffentlichungen mehr oder weniger den Anschein des Tatsächlichen haben, soll sich dazu auch noch jemand äußern, um damit zu sagen, die einen haben recht, aber die andern haben nicht recht. Wenn das richtig ist, Norbert *Gansel*, was du am Anfang gesagt hast, und ich nehme an, das kann man so nehmen, wie du sagst, dann muss man über das, was sich daraus ergibt, nachdenken. Zwölf Stunden Diskussion der FDP, wir können das mal prüfen, wenn es interessant ist. Ich weiß, dass sie keine zwölf Stunden über Personalia diskutiert haben. Deren Lage ist insofern eine andere, als sie wissen wollten, wie das im Verhältnis zur früheren Ressortzahl, die auf sie entfiel, nunmehr wird. Und dabei haben sie noch über eine Möglichkeit reden können, dass über die Ressorts hinaus vielleicht auch noch etwas mit einem, mit einem Minister oder Kabinettsmitglied ohne Ressort oder für besondere Aufgaben zu machen wäre. Nur ich kann nicht einsehen die Logik einerseits zu sagen, dass das eine Entscheidung ist, die in den Obliegenheiten des Bundeskanzlers liegt, und andererseits wenn man, wie wir gesagt haben, am Mittwoch, respektive am Donnerstag nach der Vereidigung des Bundeskanzlers zu einer Fraktionssitzung zusammenkommt, vorweg sagt, bis dahin soll nicht in Zeitungen schon mehr stehen, als wir wissen. Den Wettlauf kann keiner mit Erfolg bestehen, das muss man wohl aus Erfahrung sagen, und so schmerzlich das sein mag, nicht hier, ob Müller oder Meier oder Schulze, mitdiskutieren und schließlich auch abstimmen zu können, natürlich wird sofort gesagt, keiner wolle abstimmen, so unvermeidlich ist es, dass Müller, Meier, Schulze und noch viele andere genannt werden. Das ist einmal so. Das war schon oft so bei Regierungsbildungen und wird wohl immer wieder so sein. Selbst wenn man sich darauf verlassen könnte, dass von den unmittelbar Beteiligten niemand Angaben über tatsächliche Erwägungen macht {…} kann ich nicht folgen, wie man einer solchen Forderung nachkommen könnte. Willy *Brandt*.

**Brandt** (Berlin): Norbert *Gansel*, das ist also so, dass ich natürlich auch aus den Zeitungen vieles entnehme, was mich überrascht als auch gar nicht überrascht, und wer das hier längere Zeit schon mitmacht, der weiß, dies ist eine der, neben Washington, eine der geschwätzigsten Hauptstädte der Welt über das, was tatsächlich geschieht, aber auch vieles, das gar keinen Rückhalt hat in den tatsächlichen Gegebenheiten, und ich habe bisher keine Methoden gefunden, dies ändern zu können.

Zur Sache selbst ist natürlich, Herbert deutete es eben an, folgender Unterschied da: Die FDP hatte zu entscheiden, ob sie dem Bundespräsidenten die Neuwahl des bisherigen Bundeskanzlers vorschlagen wollte. Unser Fraktionsvorsitzender ist davon ausgegangen, dass unsere Fraktion diese Entscheidung nicht zu treffen hat, liegt bei der Fraktion, das sich zu eigen zu machen oder auch nicht. Die FDP hat am Schluss ihrer Debatte einstimmig gesagt, sie will den *Brandt* mit vorschlagen ohne uns, unabhängig davon, ob sich zu ihren personellen Dingen noch was ändert. Und ich sage euch hier, was natürlich jetzt schon mit dem Risiko verbunden ist, wenn ich es auch noch so vorsichtig sage, dass das eine Schlagzeile gibt, ich kann mir nicht alles zu eigen machen, was die FDP mir als Ergebnis ihrer Sache gesagt hat. Aber jetzt siehst du schon an der Andeutung, was hieraus werden kann im Laufe des Nachmittags, des Abends an Meldungen, Sitzungen {…}, aber das ist der Tatbestand. Ich fühle mich also nicht gebunden. Ich hab’ in anderem Zusammenhang schon gesagt, das mit dem Wählen ist nicht, das reicht entweder oder es reicht nicht, das müssen die Betreffenden wissen, die an diesem Vorgang beteiligt sind.

Was uns angeht, ist ja immer noch Folgendes drin: Ich glaube, wie gesagt, nicht, dass jemand seine Haltung bei der Kanzlerwahl abhängig macht bei uns von den anderen Dingen, und dann bin ich von mir aus gerne bereit, habe ich vorhin ja anklingen lassen, wenn ich merke am Donnerstag, dass ich mich zu weit von dem entferne in meinen personellen Überlegungen, was die Fraktion in ihrer Mehrheit für richtig hält, dann den Vorgang der Regierungsbildung nicht mehr in dieser Woche, sondern erst in der nächsten Woche stattfinden zu lassen, um bis dahin Zeit zu haben, dies weiter abzuklären. Nirgends steht geschrieben, dass am Tage nach der Wahl eines Bundeskanzlers schon ein Kabinett vorgestellt werden muss.

**Wehner**: Wer wünscht weiter das Wort? Bitte, *Kern*.

**Kern**: Wir hatten in der letzten Legislaturperiode zwei Enquete-Kommissionen.[[36]](#footnote-37) Es ist berichtet worden, dass in den Koalitionsgesprächen die Wiedereinsetzung der zweiten Enquete-Kommission vorgesehen sei. Über die erste Enquete-Kommission ist nichts berichtet worden. Steht das möglicherweise auf dem unterschlagenen Blatt?

**Wehner**: {…} Machen wir’s nicht dramatisch, nicht. In meiner Übersicht fehlt das und ich werde dafür doch den Beamten, der das versust hat, nicht der Unterschlagung bezichtigen. Da sind wir gleich auf’m Kriegsfuß. Na sicher! {…} Passt besser auf! Ich kann ja auch besser aufpassen, hätt’s vorher sehen müssen, dass diese Seite fehlt. Das ist auch ein Versehen von mir, für das ich voll einzustehen habe. Das steht da nicht. Da steht oben etwas über, in der Entwicklungshilfe soll das Bemühen fortgesetzt werden, wie unsere europäischen Partner und in engem Kontakt mit ihnen die öffentlichen und privaten Leistungen zu steigern, und dann kommen die von Willy *Brandt* angedeuteten Punkte die Bildungsreform betreffend. Aber was die Enquete-Kommission betrifft, so habe ich das, was in den Notizen steht, wiedergegeben. *Wilhelm*.

**Wilhelm**: Was hier vorgetragen worden ist, betrifft die Enquete-Kommission Verfassungsreform. Was du fragst, ist etwas, was alleine Sache der Fraktionen ist, ob wir wieder eine Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik einrichten oder nicht. Darüber ist in diesen Gesprächen nicht gesprochen worden, weil dem Parlament nichts vorausgenommen werden sollte.

**Wehner**: Wer wünscht weiter das Wort?

[B.]

**Wehner**: Wenn nicht, dann ruf’ ich auf zweiten Punkt, Informationen. Wer wünscht das Wort zu Fragen? Genossen, ich werde eben aufmerksam gemacht, man müsse sagen, was das bedeutet. Ich will das gerne tun. Ich hatte angenommen, das sei keine Unklarheit hier. Es geht einfach um eine Möglichkeit, Fragen welcher Art immer, die im politischen Interesse liegen können, zu stellen und sie durch Mitglieder der Regierung, soweit sie hier anwesend sind, zu beantworten oder durch andere oder dafür zu sorgen, dass, wenn sie nicht an Ort und Stelle beantwortet werden können, dann nachgeholt beantwortet werden. Inzwischen waren hier einige Meldungen. Das war *Bülow*.

**von Bülow**: Können wir heute einiges hören über die Frage der Zurückdrängung der Besuchsmöglichkeiten DDR – Bundesrepublik, Besuchsverkehr? Ich werde auf jeden Fall überschüttet in meinem Wahlkreis mit Anrufen von Leuten, die in ganz untergeordneten Betrieben tätig sind, zum Beispiel in einer Gärtnerei, und sich verpflichten müssen, keinen Westbesuch, auch die Eltern nicht mehr, zu empfangen, keine Briefe mehr zu empfangen, keine Briefe zu schreiben. Ist es möglich, darüber was zu sagen?

**Wehner**: Ist *Bahr* hier, ich weiß es nicht.

**Brandt** (Berlin): Der musste noch mal weg, wir lassen ihn wiederkommen. Ich meine, er hat noch {…} was zu sagen ist. Nur sofern es drüben um bestimmte Ratschläge oder auch Anleitungen geht, die, wie der »Tagesspiegel« faksimiliert nachweisen konnte[[37]](#footnote-38), sich dort auf Angehörige des öffentlichen Dienstes beziehen, dazu passt es oder sollte es passen, meine Befragung am Sonntag, dass wir nicht scheinheilig sein sollen, denn bei uns gilt bis heute, dass man nicht nur in die DDR, sondern auch nach Jugoslawien als Angehöriger des öffentlichen Dienstes nur reisen kann, wenn man das meldet, und selbst nach Berlin, glaube ich, auf dem Landwege muss man das melden. Man muss die Dinge auseinanderhalten. Aber so auseinandergehalten ist es {…} behandelt worden, wir fragen nachher *Bahr*, ob er uns ein Ergebnis heute sagen kann.

**Wehner**: Alfred *Emmerlich*.

**Emmerlich**: Genossinnen und Genossen, ich bin einer der Neuen und darf mich vielleicht deshalb kurz vorstellen. Ich heiße Alfred *Emmerlich* und komme aus Osnabrück. Ich habe mir sagen lassen, dass es das Recht der Neuen ist, auch einmal Fragen zu stellen, die einen noch nicht ausreichenden Informationsstand verraten, und das ermutigt mich zu dieser Frage. Als wir in der letzten Woche im Unterbezirksvorstand bei uns saßen und ich gefragt wurde, was denn heute hier anstünde, und ich antwortete, unter anderem die Entsendung unserer Vertreter in das Bundestagspräsidium, da wurde mir geantwortet, deshalb brauchst du da nicht hinzufahren, das hat der Fraktionsvorstand doch bereits entschieden. Nun ist diese Bemerkung sicherlich formal unrichtig, so sehr auch in der Faktizität daran ein gewisses Körnchen Wahrheit sicherlich steckt. Meine Frage lautet, ob wir in den Fällen, in denen es das unbestrittene Recht und sogar die Pflicht des Fraktionsvorstandes ist, der Fraktion einen Vorschlag zu unterbreiten, vielleicht nicht ein Verfahren finden können, das es ermöglicht zu verhindern, dass das Votum des Fraktionsvorstandes in der Öffentlichkeit bekannt wird, bevor die Fraktion entscheidet.

(Lachen. Vereinzelter Beifall.)

**Wehner**: Der amtierende Fraktionsvorstand hat, das war seine Pflicht, den Mitgliedern der Fraktion einen Vorschlag gemacht und hat mitgeteilt, innerhalb welcher Frist die Mitglieder der Fraktion andere, weitere, also Gegenvorschläge machen können, und das ist während dieser Frist auf die Weise geschehen, dass keine eingetroffen sind. Dazu hätte ich, wenn wir zu dem Tagesordnungspunkt kommen, von mir aus auch gerne etwas gesagt, aber hier geht es ja bei der Frage oder kritischen Bemerkung darum, ob, wenn schon der Fraktionsvorstand einen Vorschlag macht, er ihn dann nicht so macht, dass er öffentlich bekannt wird. Dafür, dass er exakt öffentlich bekannt geworden ist, übernehme ich die Verantwortung, weil er sonst unexakt in x Fassungen bekannt geworden wäre. Und vor die Frage gestellt, ob es sauberer ist, einen Vorschlag, den der Fraktionsvorstand nach der Geschäftsordnung der Fraktion, die natürlich solange provisorisch gilt, bis eine neue, falls sie kommen soll, in Kraft treten wird, zu machen hatte, da habe ich mir gesagt, und wir haben es erörtert, dann ist es besser, das in geheimer Abstimmung zustande gekommene Ergebnis nicht nur den Mitgliedern der Fraktion mitzuteilen und ihnen zugleich die Frist, in der sie andere Vorschläge machen können, bekanntzugeben, die sich auch nach der Geschäftsordnung richtet, um dann, wie es auf der Tagesordnung steht, heute in geheimer Wahl zu bestimmen, wen die Fraktion morgen für die in geheimer Wahl vor sich gehende Wahl des Bundestagspräsidenten nominieren wird. Da wird vielleicht in eurem Unterbezirk gesagt werden, das ist alles längst bestimmt. Das kann sein. In geheimer Wahl stimmen morgen alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages ab, nicht, und der Vorschlag der SPD ist damit noch keineswegs der Bundestagspräsident von nach der Wahl. Das ist die Situation. Eine Ermessensfrage, zugegeben, nur veröffentlichen oder nicht veröffentlichen, das war hier die Frage, und ich habe mich entschieden [da]für, es direkt in dieser Form, was ja keine Wertung ist, zu veröffentlichen und mitzuteilen, das ist mitgeteilt, dass darüber die Fraktion selbst abstimmen wird, das heißt, ihr ist nichts vorweggenommen und ihr ist kein Recht vorenthalten worden. Sonst hätten wir das entweder in Fernsehmeldungen oder in Zeitungen, von denen es eine Menge gibt, oder in Agenturmeldungen entweder so, wie es war oder aber miteinander im Widerstreit auch zu lesen, zu hören und zu sehen bekommen. Das war die Situation. Genosse *Geßner*.

**Geßner**: Ich möchte noch eine Anschlussfrage stellen an die Frage, die Andreas *von Bülow* eben gestellt hat. Bei mir haben eine ganze Reihe von Leuten Klage geführt, dass ältere Leute aus der DDR, denen bisher die Einreise gestattet worden war, nunmehr keine Einreise mehr gewährt wird. Ich möchte ganz gerne wissen, ob das erst mal der Regierung bekannt ist und ob sie meint, dass das zufälliger Natur sei oder ob dahinter möglicherweise ein wenig System steckt.

**Wehner**: Egon *Franke*.

**Franke**: Genossinnen und Genossen, zu diesem Thema ist es nicht {…} zulassen zu sagen, dass das Generelle verändert ist. Im Gegenteil, wir haben folgende Erfahrungen machen können, dass jetzt bereits, nachdem der Verkehrsvertrag in Kraft ist und auch andere Dinge in Aussicht gestellt sind, die Gruppe der Besucher unter dem Rentneralter allein im letzten Monat über 7 000 ausgemacht hat, also eine völlig entgegengesetzte Tendenz zu erkennen ist, als in der zurückliegenden Zeit es der Fall da war.

(Zwischenruf.)

Das wird öffentlich erklärt, ja. Ich habe die Zusammenfassung gestern Abend erst in die Hand bekommen.

**Wehner**: Weitere Fragen? Sind keine Fragen? Müssen wir dann auch, wenn *Bahr* kommt, noch mal auf die eine Frage zurückkommen.

[C.]

**Wehner**: Wenn das alles war, dann rufe ich den Punkt 2 auf. Den Punkt 3, die Vorbereitung der Plenarsitzung am 13. [Dezember].[[38]](#footnote-39) Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Bundestagspräsidenten und seiner Stellvertreter, das heißt, wir werden, nachdem was dazu zu sagen ist, die Sitzung, wir werden die Wahl vornehmen und dann die Sitzung wohl kurz unterbrechen. Ich möchte vorweg sagen, Genossen, es ist über die Kandidaturen manches geschrieben worden, für das diejenigen nicht durchweg verantwortlich gemacht werden können, denen man seien es Überlegungen oder taktische Schachzüge zuschreibt. Ich will darauf nicht eingehen, nur auf einen einzigen Fall, auf das, was der »Vorwärts« für richtig gehalten hat, in Bezug auf eine Kandidatur einer Berliner Abgeordneten an Mutmaßungen zu unterstellen.[[39]](#footnote-40) Dies ist so, dass ich bedauere, dass in einem Blatt Überlegungen, die die Berliner Abgeordneten insgesamt abwerten, in dem Zusammenhang haben gedruckt werden können und dazu auch noch unter Bezugnahme auf Überlegungen, die etwa Willy *Brandt*, der langjährige Regierende Bürgermeister von Berlin, oder ich angestellt hätten.

Nun stehen wir vor der Notwendigkeit, durch Abstimmung in der Fraktion festzustellen, wer morgen von der Fraktion dem Plenum zur geheimen Abstimmung vorgeschlagen wird. In der Frist, die am Montag ausgelaufen war, sind keine weiteren Vorschläge für die Wahl des Bundestagspräsidenten und auf uns entfallende Vizepräsidenten eingetroffen, das heißt, hier stehen die beiden Vorschläge zur Wahl, und man könnte, das heißt, ich bin nicht frei gewesen von der Erwägung, dass das eigentlich heißt, die Fraktion ist wohl mit diesen Kandidaten einverstanden. Womit ich aber nicht sagen will, sie solle nicht darüber ausdrücklich abstimmen. Nur soll jeder sich dabei überlegen, dass bevor morgen mit verdeckten Stimmzetteln, wie es nach der Geschäftsordnung heißt, der Bundestag die Wahl vornimmt, die Schlagzeilen und auch entsprechende Berichte oder Kommentare die sozialdemokratische Kandidatur, erstmalige, für das Amt des Bundestagspräsidenten begleiten werden. Das sollte nicht völlig unwesentlich sein. Es war in der Ordnung, die Frist für andere, für weitere und für Gegenkandidaturen zu nutzen. Nachdem das nicht geschehen ist, gibt es immer noch Möglichkeiten für oder durch Stimmenenthaltung oder durch Ablehnung sich bei dieser Abstimmung zu beteiligen. Da kann niemandem eine Vorschrift gemacht werden, aber an dem Unterschied zwischen der Gesamtzahl der Abstimmenden und der bei dieser Abstimmung hier auf den einzigen Kandidaten für das Amt des Präsidenten und auf den einzigen für das Amt des Vizepräsidenten entfallenden jeweiligen Namen zu unserem Anspruch, dass diese morgen gewählt werden, ist natürlich ein politischer Spielraum für die Betrachtungen anderer und auch unserer Gegner im Bundestag. Präsidentenwahlen waren auch bei früheren Bundestagskonstituierungen nicht ohne Delikatesse. Der Präsident steht der stärksten Fraktion zu, das heißt nicht, dass die anderen alle in geheimer Wahl für den stimmen werden und das wollte ich gesagt haben, wie viel davon abhängt, dass unsere eigene Fraktion diese erstmalige Gelegenheit zur Wahl eines sozialdemokratischen Fraktionsmitglieds in das Amt des Bundestagspräsidenten einzusetzen hat. Bei der Wahl der Vizepräsidenten wird es sich noch um ein anderes Problem handeln, das sich daraus ergibt, dass eine interfraktionelle Vereinbarung die Wahl aller vier Vizepräsidenten per Akklamation ins Auge gefasst hat. Mancher wird den einen oder den anderen, der dabei mit zur Wahl steht, ungern als seinen eigenen Kandidaten gesehen haben wollen. Andererseits geht’s hier um vier Vizepräsidenten und, wenn diese [Wahl] aufgedrieselt wird, dann bleibt ja wohl nichts anderes übrig, als über jeden einzelnen ebenfalls in geheimer Abstimmung abzustimmen. Das wollte ich nur vorweg gesagt haben. Ja, Genossen, das Wort hat *Wienand*.

**Wienand**: Genossinnen und Genossen, wir haben es bisher so gehalten, dass wir Günter *Biermann* als Leiter der Wahlkommission, Hugo *Collet*, Erwin *Horn*, Lothar *Löffler*, Martin *Wendt*, Hans *de With* und Peter *Würtz* gebeten haben. Wir haben Stimmzettel vorbereitet, und ich glaube, wir können dies in einem Wahlvorgang machen, um Zeit zu sparen. Diesen für die Wahl des Bundestagspräsidenten – einziger Vorschlag Annemarie *Renger* –, in den Kästchen soll angekreuzt werden Ja, Nein, Enthaltung, und diesen für den Vizepräsidenten *Schmitt-Vockenhausen*. Wir haben hier im Fraktionsvorstandszimmer Wahlkabinen aufgestellt, damit jeder, der diese benutzen will, diese, aber auch Telefonzellen oder anderweitig seinen Stimmzettel ausfüllen kann. Ich bitte, das so nehmen, wie ich dies gesagt habe, denn selbstverständlich hat jeder das Recht, seinen Wahlzettel so auszufüllen, dass er unbeobachtet ist, und wir sollten dies respektieren. Ich schlage deshalb vor, dass wir, sobald die Zettel von der Wahlkommission verteilt worden sind, eine kurze Unterbrechung machen, damit jeder, so wie er es für richtig hält, den Stimmzettel ausfüllt, dass wir dann wieder zusammenkommen und einsammeln und dann in der Tagesordnung fortfahren. Dann hat keiner Grund, sich irgendwie zu beschweren. Wenn also die Fraktion mit den vorhin von mir vorgelesenen Mitgliedern der Wahlkommission einverstanden ist, würde ich vorschlagen, dass wir diese jetzt bitten, die Zettel auszuteilen und dass wir nach zehn oder 15 Minuten wieder zusammenkommen zum Einsammeln und dann in der Sitzung fortfahren. Ja bitte schön, ich hab’ keine Wortmeldung zu geben.

**Wehner**: Bitte.

**Däubler-Gmelin**: Ich hatte eigentlich noch eine Frage, aber ich weiß nicht, ob wir schon im Wahlgang, im eigentlichen, drin sind, und zwar war die Frage an die Annemarie *Renger* gerichtet. Ich hab’ in einigen Zeitungen Etliches gelesen, was gesagt wurde, das deine Vorstellungen zur Parlamentsreform seien. Da es aber bloß Fragmente waren und ich außerdem gar nicht weiß, ob du das gesagt hast, wäre meine Bitte an dich, ob du nicht noch einiges über deine Vorstellungen zur Parlamentsreform hier sagen könntest.

**Renger**: {…} Ich wollte bitten, das zu vertagen. Das wäre eine längere Ausführung. {…}

**Wehner**: Bevor wir, wenn die Zettel ausgeteilt werden, die Sitzung für diesen Zweck unterbrechen, den sich, die hier sitzen, nicht ausgedacht haben, sondern aufgrund von Äußerungen aus der Fraktion, dass man ja, wenn man hier so sitze, gar nicht wirklich geheim abstimmen könne, damit das niemanden bedrückt, muss man das so machen, obwohl es sich hier nur um einen einzigen Namen in jedem einzelnen Falle handelt. Bevor wir aber diesen Akt vollziehen, möchte ich gern, was ich sonst am Anfang der Sitzung gemacht hätte, aber nicht machen konnte, weil dieser davon schon unmittelbar berührte, erst später kommen konnte, was bekanntgegeben war, Rolf *Heyen* zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall.)

Alles Gute! So, die Sitzung wird zum Zwecke des Abstimmungsaktes unterbrochen.

**Wienand**: Genossinnen und Genossen, es stehen draußen Wahlurnen. Wer dort einwerfen will, kann dort einwerfen. Sonst wird hier eingesammelt bei denen, die nicht dort einwerfen.

(Längere Unterbrechung des Sitzungsablaufs.)[[40]](#footnote-41)

Genossinnen und Genossen, Günter *Biermann* bittet mich, die Wahlhandlung zu schließen. Es wird eingesammelt.

(Fortdauer der Unterbrechung.)[[41]](#footnote-42)

Genossinnen und Genossen, haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? – Dann ist die Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte auszuzählen.

(Fortdauer der Unterbrechung.)[[42]](#footnote-43)

**Wehner**: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Zu Punkt 3 b, betreffend Antrag Einsetzung des Haushaltsausschusses.[[43]](#footnote-44) Karl *Wienand*.

**Wienand**: Ja, Genossinnen und Genossen, wir hatten in der jüngsten Fraktionssitzung schon über die Empfehlung des Fraktionsvorstandes berichtet.[[44]](#footnote-45) Wir hatten hier vorgeschlagen, dass wir die alten Mitglieder des Haushaltsausschusses provisorisch für den Haushaltsausschuss, der am Montag zu tagen hat, vorschlagen, dass das aber keine Präjudizierung für das Gesamttableau der Ausschüsse ist, das Ende Januar vorgelegt und dann von der Fraktion beschlossen werden soll[[45]](#footnote-46). Wir bitten also jetzt, dem Antrag, den wir geschäftsordnungsmäßig morgen stellen müssen und der lediglich beinhaltet, dass die in der jüngsten Sitzung genannten Mitglieder des Haushaltsausschusses für den Haushaltsausschuss benannt werden, bis der Bundestag sich endgültig konstituiert, diesem Antrag zuzustimmen.

**Wehner**: Wird das Wort dazu gewünscht? Einverständnis.

[D.]

**Wehner**: Dann kommt Punkt 4, *Wienand*.

**Wienand**: Genossinnen und Genossen, hier ist nur Folgendes zu sagen: Dem Verfahren nach wird die Wahl des Bundeskanzlers genauso abgewickelt wie die Wahl des Bundestagspräsidenten morgen.[[46]](#footnote-47) Das bedeutet also, am Donnerstagvormittag um 11:00 Uhr werden dem Alphabet nach die Namen aufgerufen. Es stehen rechts und links Wahlkabinen. Jeder, der aufgerufen worden ist, begibt sich dann mit dem Stimmzettel in einem Kuvert, die dort ausgegeben werden, nach vorne in eine der Wahlkabinen und gibt dann bei den Schriftführern seinen Stimmbrief ab. Ich möchte in dem Zusammenhang für die Wahl morgen, soweit es das Präsidium angeht, und auch für die Wahl am Donnerstag aufmerksam machen, dass das vom Fernsehen übertragen wird. Das hat nichts mit schulmeisterlich zu tun, aber wir bekommen in der Regel, wenn Bundestagssitzungen oder solche Wahlhandlungen voll in der Länge übertragen werden, nachher Hinweise, dass schlecht besetzt war oder dass der eine oder andere sich so oder so verhalten hätte. Wir machen deshalb nur darauf aufmerksam, dass dies voll übertragen wird und bitten die einzelnen, dies in Erinnerung zu behalten.

**Wehner**: Zu Punkt 5 ist nichts weiter zu sagen. Das ist am Tag drauf.

[E.]

**Wehner**: Ich rufe auf Punkt 6. Karl *Haehser*, erste Lesung Haushalt ’72 am 15. [Dezember].

**Haehser**: Wir hatten es ja im Frühjahr 1972 zu tun mit dem Entwurf von *Schiller* damals noch. Danach ist er, dieser selbe Entwurf, an den Haushaltsausschuss zurückverwiesen worden und wieder beraten worden und nun steht er zum dritten Mal an[[47]](#footnote-48), um, wie ich sicher bin, verabschiedet zu werden. Ich nehme an, mit eurer Zustimmung kann heute auf Detailschilderungen aus diesem Entwurf verzichtet werden, zumindest alle schon länger hier anwesenden Genossinnen und Genossen sind überfüttert mit Haushaltsfragen aus dem Jahre 1972. Ich möchte euch nur in aller gebotenen Kürze mitteilen, wie die Opposition beziehungsweise zunächst wie der Bundesrat zu dem beabsichtigten Verfahren steht. Der Bundesrat hat am 30. November 1972 einem Antrag der christlich-demokratisch- beziehungsweise CSU-geführten Länder entsprochen und eine Mitteilung, die aus sieben Punkten besteht, zur vorgesehenen Haushaltsberatung verabschiedet.[[48]](#footnote-49) In Punkt 1 bedauert der Bundesrat, dass der Vollzug des Bundeshaushalts seit elf Monaten nach den Grundgesetzartikeln 111 und 112 erfolgt.[[49]](#footnote-50)

In Punkt 2 verzichtet der Bundesrat auf Fristen, die normalerweise gegeben sind. In Punkt 3 stellt er fest, dass es ihm nicht möglich gewesen sei, eine Überprüfung aller Einzelheiten vorzunehmen. In Punkt 4 kritisiert er das, was die Länder indessen noch besser können, nämlich die Zuwachsrate des Bundeshaushalts. In Punkt 5 stellt der Bundesrat fest, dass einem Teil seiner Wünsche im Entwurf ’72 Rechnung getragen ist. In Punkt 6 schließlich will er die Anpassung der Haushaltssätze, der Ansätze, an die erkennbaren Ist-Ergebnisse des Jahres 1972 und in Punkt 7, dem letzten Punkt dieser Entschließung, will der Bundesrat, dass die globale Minderausgabe, die wir ja beschlossen haben, in Höhe von 1,3 Milliarden Mark aufgelöst wird.

Diesem Beschluss des Bundesrates folgte ein Brief des derzeitigen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, des CDU-Abgeordneten *Leicht*, in dem dieser nun auch mitteilt, dass die CDU/CSU ein Interesse an der baldigen Verabschiedung des Haushalts habe, damit die parlamentarische Kontrolle über das Ausgabengebaren des Bundes wiederhergestellt werde.[[50]](#footnote-51) Und dann verlangt *Leicht* namens der CDU/CSU eine ausführliche Debatte, insbesondere über die Ausgaben, über die Führung des Haushalts nach dem Artikel 111 des Grundgesetzes, aber er will, dass diese Debatte ausführlich gehalten wird im neuen Jahr. Also er will nicht die jetzige Haushaltsberatung damit belasten. Und in einem weiteren Punkt des Briefes von *Leicht* wird dann darauf hingewiesen, dass die Schattenhaushalte, zum Beispiel die Finanzierung eines Teils des Straßenbaus aus {…} Mitteln, dass die Schattenhaushalte allmählich aufgelöst werden.

Wir haben in der verbliebenen Arbeitsgruppe Haushalt miteinander schon einmal gesprochen und haben für Donnerstagmittag eine Sitzung der vorläufigen gesamten Arbeitsgruppe Haushalt vorgesehen. Wir wollen vorschlagen, dass wir die am Freitag lediglich unvermeidbaren Erklärungen der Fraktionen zur Kenntnis nehmen, sicher auch eine Erklärung des zuständigen Bundesministers Helmut *Schmidt*, der den Haushalt ja einbringen muss, und wir wollen dann, wenn es geht, am Freitag bereits in eine Haushaltsausschusssitzung zur Sache selber eintreten, die am Montag fortgesetzt werden sollte.

Bundesrat und CDU/CSU durch Albert *Leichts* Brief an Helmut *Schmidt* fordern die Anpassung des Entwurfs 1972 an den derzeitigen Stand. Dies ist rein aus technischen Gründen überhaupt nicht möglich. Das würde nämlich einen erneuten Druck des gesamten Pakets mit sich bringen. Dieses Paket werdet ihr ja in den nächsten Tagen sehen. Wer das fordert, der wird sich darüber im Klaren sein müssen, dass das dann dazu führen müsste, dass trotz aller Beteuerungen der Bundeshaushalt ’72 nicht verabschiedet werden könnte. Wir müssen also den Christdemokraten versuchen klarzumachen, dass die Fortschreibung und die Anpassung an die tatsächlichen Ist-Ergebnisse zu erfolgen haben mit dem ja in Bälde zu erwartenden Entwurf des Bundeshaushalts 1973. Im Übrigen wird es ein Geplänkel geben, das ist ja für niemanden, der sich auskennt, etwas Neues. Die sozialdemokratische Opposition früherer Jahre hat den Haushalt immer abgelehnt und die CDU/CSU-Opposition in den nächsten Jahren wird ihn ablehnen und sich dafür Gründe suchen, die vielleicht genauso manchmal an den Haaren herbeigerufen sein werden, wie unsere es gewesen sind.

(Oh-Rufe.)

**Coppik**: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es ist sicherlich nicht zweckmäßig, in eine Detaildiskussion über den Haushaltsplan 1972 in dieser neuen Fraktion noch einmal einzutreten, aber dennoch möchte ich ganz gern, für mich persönlich jedenfalls, eine Erklärung abgeben, die sich auf einen Einzelplan im Rahmen dieses Haushaltsplans bezieht, und zwar auf den Einzelplan 14[[51]](#footnote-52), weil er nicht zuletzt auch in den Wahlkampfveranstaltungen, wahrscheinlich nicht nur in meinem Wahlkreis, sondern in vielen Wahlkreisen in diesem Lande eine Rolle gespielt hat. In diesem Einzelplan 14, sprich auf gut Deutsch bei den Wehrausgaben, ist eine Erhöhung um 2,7 Milliarden enthalten, die ich persönlich, und das möchte ich hier ganz eindeutig zum Ausdruck bringen, nicht für richtig gehalten habe und auch heute nicht für richtig halte, selbst dann, wenn man mit Recht sagen wird, wir können keine einseitige Abrüstung vornehmen unmittelbar vor Beginn der Abrüstungsverhandlungen und auch selbst, wenn man sagt, dass bestimmte Strukturveränderungen gewisse Mehrausgaben erforderlich machen, halte ich diese Erhöhung nicht für richtig. Nun kann man sagen, das Geld ist inzwischen ausgegeben und es ist seinerzeit von anderen kompetiert worden. Sicherlich ist es so, das ändert aber meines Erachtens nichts daran, dass jeder, der hier das jetzt mit beschließt, auch im gewissen Sinne die Mitverantwortung übernimmt und das auch nachher mit vertreten soll, und ich muss für meine Person offen erklären, dass ich dazu nicht in der Lage bin, nicht in der Lage nicht zuletzt auch deswegen, weil immerhin der Bezirksparteitag des Bezirks, aus dem ich komme, die Verantwortlichen seinerzeit aufgefordert hat, eine derartige Erhöhung nicht hinzunehmen und solche Beschlüsse, solange sie nicht von übergeordneten Parteigremien aufgehoben sind, halte ich für mich persönlich für verbindlich. Aus diesem Grunde sehe ich mich außerstande, hier zuzustimmen. Ich muss mich bei diesem Einzelplan der Stimme enthalten.

**Wehner**: Wer wünscht weiter das Wort? Karl *Haehser*! Bitte doch! Wir wollen die Debatte ja weiterführen, nicht, oder soll ich sie ganz alleine führen? Bitte die Genossen darüber aufzuklären, wie es um die Pläne steht und warum wir eine politische Abstimmung und nicht eine Bezirksparteitagsabstimmung halten.

(Starker Beifall.)

Nein! Nein! Ich bitte darum, das ist die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und sie hat eine politische Entscheidung über den Haushalt ’72, der eine entscheidende Rolle gespielt hat, hier zu bestehen. Der Haushalt ’72 hat zufällig in seinem Einzelplan 04 seinerzeit die Krise eingeleitet in diesem Haus[[52]](#footnote-53) und jetzt fangen wir an, an einem Einzelplan 14 eine neue Krise {…}, denn jetzt geht es darum, werden wir in diesem Jahr den Haushaltsplan verabschieden oder nicht. Das muss die Fraktion wissen, und ich bitte die Genossen, die die Arbeitsgruppe Haushalt darstellt, ihnen das zu sagen, worum es dabei wirklich geht.

(Beifall.)

Unmöglich!

**Haehser**: Genossinnen und Genossen, ich habe mich nach der Wortmeldung unseres Genossen meinerseits zu Wort gemeldet, um mal jetzt mal fernab von jeder verteidigungspolitischen Debatte ganz klar festzustellen, dass wir zur Verabschiedung des Bundeshaushalts kommen voraussichtlich am 20. Dezember 1972 für ein hinter uns liegendes Jahr. Dies eine hätte ich gesagt und das andere, was ich gesagt hätte und nun die Gelegenheit dazu habe, ist die Wiederholung desjenigen, was Herbert *Wehner* gesagt hat. Wer die Debatte um den Bundeshaushalt 1972 verfolgt hat, der muss wissen, dass dieser neue Bundestag und diese neue Bundestagsfraktion zusammengekommen sind, weil wir bisher noch keinen Bundeshaushalt haben verabschieden können. Sonst wäre nämlich erst die Bundestagswahl Ende nächsten Jahres gewesen und dies, richtig betrachtet, bedeutet, viel Verständnis für den Appell zu haben, den ich an die gesamte Fraktion richten mag, viel Verständnis für diesen Appell zu haben, dem Bundeshaushalt ohne jede Veränderung geschlossen zuzustimmen. Für politische Debatten bleiben uns im Frühjahr, wenn der Bundeshaushalt ’73 vorgelegt wird, genügend Möglichkeiten.

(Beifall.)

**Wehner**: Wünscht noch einer das Wort? *Bußmann*.

**Bußmann**: Liebe Genossinnen und Genossen, in dieser Fraktion war kaum einer, der sich in den letzten zwei Jahren darüber besonders gefreut hat, dass wir genötigt waren, den Einzelplan 14 einmal um elf und einmal um 14 Prozent zu erhöhen. Allerdings müssen wir uns auch den Hintergrund klarmachen, der hier dem Ganzen zugrunde liegt. Wir haben gewisse Verpflichtungen, die entscheidend sind für das vernünftige Verhältnis zu unseren Verbündeten, die zum guten Teil die Außenpolitik nicht nur mitgetragen, sondern mit vorangetrieben haben, die wir in den letzten drei Jahren trieben. Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen. Dieser Mitarbeit der Verbündeten stand unsere Bereitwilligkeit gegenüber, im gleichen Maße unsere Pflichten zu erfüllen, die von anderen übernommen waren, aber durchaus mit unserer Zustimmung, auf dem Gebiet der Bündnispolitik und der Verteidigung. Das brachte uns in die Zwangssituation, zweimal in starkem Maße erhöhen zu müssen, weil die anderen sich nämlich vor dieser Aufgabe im Wesentlichen in den Vorjahren gedrückt hatten. Wir standen vor der Notwendigkeit, das Instrument, das wir übernommen haben, 460 000 Soldaten mit den dazugehörigen Verwaltungsapparaten, in eine Form zu bringen, dass a) den Ansprüchen der Menschen, die in dieser Bundeswehr Dienst tun, dass diesen Ansprüchen Genüge getan wird in sozialer Hinsicht, darum hat sich Helmut *Schmidt*[[53]](#footnote-54) besonders gekümmert, und b) mussten wir auch eine Armee, wenn sie da ist und mit unserem Willen später auch mit entstanden ist, mussten wir diese Armee mit den Mitteln versehen, die sie überhaupt ernsthaft nach draußen und glaubwürdig schlechthin macht. Vieles, was in der Vergangenheit schiefgelaufen war, was man aus konjunkturellen Gründen verdrückt hatte, war nicht mehr zu verdrücken. Wir hatten diese Aufgabe zu übernehmen, zum ersten Mal in so starkem Maße zu erhöhen, um diese Konsolidierung voran zu bringen, und die Bundeswehr hat sich konsolidiert in diesen beiden Jahren, und das Ergebnis ist auch abzulesen an ihrem politischen Verhalten, das wir vor drei Wochen aus den Wahlziffern ablesen konnten. Hier ist kein Staat im Staate, sondern eine Gruppe, die voll integriert ist. Zum guten Teil sind sie das, weil wir Sozialdemokraten vernünftige Verteidigungspolitik gemacht haben.

(Beifall.)

Und hier ist jeder Einzelne, egal wie seine Meinung da im großen politischen Ganzen ist, verpflichtet, die Bundeswehr und den Einzelplan 14 in den Gesamtzusammenhang unserer Politik zu stellen. In diesen Gesamtzusammenhang gehört sie. Sie gehört in den Gesamtzusammenhang, den wir vorantreiben wollen weiter auf dem Weg der Außenpolitik, als Instrument, das uns weiterführen soll, etwa auch auf dem Gebiet der Abrüstung. Es ist das Instrument, das uns die vernünftigen Beziehungen sichert zu unseren Freunden im Bündnis, auf deren Unterstützung wir angewiesen sind, und wir selber sind auch keine politischen Abstinenzler, die von vornherein sagen, Politik im Großen und Ganzen kann nur nach der Parole Bertha *von Suttners* »Die Waffen nieder!« gemacht werden. Natürlich wollen wir das alle, aber hier ist auch den Machtinstrumenten Genüge zu tun, die in einem Staat nach innen und nach außen notwendig sind. Ihr könnt euch den Einzelplan 14 ansehen. Wir haben den geprüft nicht nur im Kabinett, dem gehöre ich nicht an, wir haben ihn geprüft im Haushaltsausschuss, im Verteidigungsausschuss. Wir haben ihn abgeklopft auf die weichen Stellen und kamen zu dem Ergebnis, was übriggeblieben ist, nicht in dieser großen Zuwachsrate, ist das, was auch unausweichlich ist, wenn wir unsere Politik als großes Ganzes weiterbetreiben wollen. Vielen Dank.

(Beifall.)

**Wehner**: Der Bundeskanzler.

**Brandt** (Berlin): Ich glaube, es ist eine weit verbreitete Meinung, dass dies nicht der geeignete Zeitpunkt ist, jetzt eine ins Grundsätzliche gehende verteidigungs- und sicherheitspolitische, abrüstungspolitische Debatte zu führen. Ich sag’ das ohne jede Polemik, denn es mag für manchen von uns hier von Gewinn sein, die zum gegebenen Zeitpunkt im nächsten Jahr miteinander zu führen, um auch zu wissen, was ist dabei zu beachten, wo sind Notwendigkeiten, die es zu bedenken gibt. Eben ist schon auf eine ganz wichtige Sache hingewiesen worden. Wer sich die Haushalte anguckt, sogar von nicht gebundenen Ländern, allianzfreien Ländern, neutralen Ländern, wie die Personalkostenspirale auch dort die Haushalte nach oben bewegt, nicht, das ist eine fast parallele Entwicklung auch dort, wo man nicht Bündnissystemen angehört.

Ich will jetzt nur einen einzigen Punkt hier gerne vorbringen, liebe Genossen. Fällt nicht weiter auf, ob da jemand nicht im Saal ist. Das werden wir noch manchmal erleben aus anderen Gründen, dass jemand nicht im Saal ist oder glaubt, er kann die Hand nicht hochnehmen. Damit haben wir früher auch schon gelebt, nein, das Problem ist ein anderes und deshalb habe ich hier noch mal ums Wort gebeten, weil wir wirklich an diesem Punkt, weil wir wirklich an diesem Punkt uns noch einmal prüfen sollten, liebe Genossen, wofür haben wir ein Mandat bekommen Sonntag vor drei Wochen und wofür nicht. Ich habe, ich weiß nicht, wer sonst hier wofür Mandate gekriegt hat, ich habe es nicht für eine isolierte Abrüstung der Bundesrepublik Deutschland erbeten und bekommen.

(Beifall.)

Und liebe Genossen, hierfür gibt es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Wer dies Thema unbedacht angeht, will nicht regieren. Eine Mehrheit gibt es nur zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten auf der Basis unserer Zugehörigkeit zum Bündnis als Basis für eine Politik der Entspannung.

(Starker Beifall.)

**Coppik**: Genossinnen und Genossen, ich möchte doch noch eine Anmerkung hinzufügen zu dem, was ich vorhin gesagt habe. Zum Ersten, und das war für mich natürlich eine neue Erfahrung in diesem Gremium, habe ich gemerkt, dass mitunter hier auch für die Aussagekraft dessen, was gesagt wird, die Lautstärke eine Rolle zu spielen scheint, woran ich nicht gewohnt bin. Zweitens habe ich sehr deutlich, glaube ich, zum Ausdruck gebracht, dass ich dem Haushaltsplan 1972 in der Gesamtheit zustimmen werde. Zweitens oder drittens habe ich zum Ausdruck bringen wollen und um Verständnis darum bitten wollen, dass ich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die Steigerungsrate, wie sie in dem Einzelplan 14 enthalten ist, nicht billigen kann und nicht vertreten kann und deswegen ihr nicht zustimmen kann. Von einer isolierten Abrüstung in der Bundesrepublik im Verhältnis zu andern Ländern habe ich nicht gesprochen. Ich habe sogar sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ich mir dessen völlig bewusst bin, dass das in der gegenwärtigen Situation nicht geht. Im Übrigen aber vielleicht eine Bemerkung zum Abschluss, die ich doch machen muss, weil der Genosse Herbert *Wehner* hier etwas gesagt hat, was ich nicht teilen kann. Er hat gesagt, wir haben hier eine politische Entscheidung und nicht eine Entscheidung auf einem Bezirksparteitag zu treffen. Diese Differenzierung gefällt mir nicht.

**Wehner**: Dietrich *Sperling*.

**Sperling**: Genossinnen und Genossen, ich kann Manfred *Coppik* recht gut verstehen, wenn er meint, dies sollte für ihn eine Gewissensfrage sein. Dann sollten wir allerdings alles tun, um ihm diese Gewissensfrage so schwer wie möglich zu beantworten zu machen, und dabei schien es mir richtig zu sein, wenn wir die Genossen im Haushaltsausschuss bitten, dem Genossen *Coppik* darzulegen, wie viel von der Steigerungsrate eigentlich in Sozialausgaben, in Personalkosten hineingeht, die im Grunde genommen mit Rüstungsausgaben gar nichts zu tun haben, damit er weiß, welch geringen Betrag, welch geringen Betrag, ein Mehr an Rüstung, er eigentlich dort verweigert. Das heißt, ich neige dazu anzuraten, ihm eine Detailaufklärung zu geben, was sich eigentlich hinter der Steigerungsrate versteckt. Das ist das eine, was ich sagen möchte.

Das zweite ist, ich möchte den Genossen *Coppik* bitten, einmal zu überlegen, und das ist etwas, was jeden von uns dann irgendwann angeht bei bestimmten Fragen, ob er nicht seine Enthaltung, in diesem Fall hat er ja nur eine Enthaltung für einen Einzelplan angekündigt, nur im Vertrauen darauf machen kann, dass andere nicht so handeln wie er, und dies könnte ich eben nicht so ohne Weiteres nachvollziehen. Da würde ich mit ihm dann gern noch eine ganze Menge darüber reden.

(Beifall.)

**Wehner**: Helmut *Schmidt*.

**Schmidt** (Hamburg): Genossinnen und Genossen, ich möchte im zweiten Punkt mich ausdrücklich den Bemerkungen des Genossen *Sperling* anschließen, die ich für, wenn auch sehr prägnant und kurz formuliert, sehr gewichtig halte. In dem ersten Punkt glaube ich aus dem Handgelenk, *Sperlings* Frage beantworten zu können. Wenn die Gewissensfrage, wie es hier genannt worden ist, sich nur darauf bezieht, dass jemand die Zuwachsraten des Einzelplans 14 meint nicht verantworten zu sollen, dann gibt es viel Gelegenheit sich darüber im Einzelnen sachkundig zu machen. Ich kann aus dem Handgelenk sagen, dass die Zuwachsraten beruhen auf allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen für die Arbeiter, Soldaten und Beamten der Bundeswehr, die denen im öffentlichen Dienst entsprechen, dass sie zweitens beruhen auf allgemeiner Steigerung der betrieblichen Sachausgaben und dass sie drittens einschließen einen absoluten Rückgang der Investitionen der eigentlichen Rüstungsausgaben.

**Wehner**: Wolfgang *Schwabe*.

**Schwabe**: Ich möchte den Bezirk, dem ich auch angehöre, insofern hier auch nennen, als dieser Bezirk auf meinen Antrag – und dort von mir zu meinem Unterbezirk und von mir begründet – weitergegeben hat an die Partei die Bitte, sobald wie möglich die Pflicht, die Dienstpflichtzeit von 18 auf 15 Monate herabzusetzen und dass wir uns mit Helmut *Schmidt* einig darüber waren, dass wir die dadurch entstehenden Mehrkosten auf uns nehmen, weil uns die menschliche Erleichterung wichtig war. Antrag von Hessen Süd.

**Wehner**: *Bußmann*.

**Bußmann**: Weil nach Zahlen gefragt wurde und es hier um die Zuwachsrate geht. Es ist in der Verteidigung so, dass im vorigen Jahr die Steigerung bei den Personalkosten in Prozenten ausgedrückt ungefähr 17,2 bis 17,4 Prozent betrug. Das waren rund 1,2 Milliarden Mark, knapp 1,2 Milliarden Mark, das heißt etwa die Hälfte der Steigerungsrate. Wenn wir im nächsten Jahr den Zahlen folgen, die Helmut *Schmidt* vorgelegt hat, und nur eine Zuwachsrate von sechs Prozent haben, die Schorsch *Leber* dann zu vertreten hat, wer diese Zuwachsrate von sechs Prozent bei einer durchschnittlichen Steigerung, die eventuell wieder bei zwölf, dreizehn Prozent läge, Strukturverbesserungen und allgemeine Verbesserungen eingeschlossen, wird allein diese Personalkostenzuwachsrate im nächsten Jahr diese sechs Prozent voll aufzehren und es wird kein Pfennig dazu da sein, zusätzliche Investitionskosten vorzunehmen, und es wird kein Pfennig dazu da sein, mehr Geld auszugeben als bisher für die Reparatur des zum Teil sehr alten Geräts. Das muss dann weiter herumstehen und mit der Zeit vergammeln. Ist eine Verschleuderung, aber es wird einfach so sein. So ist die Lage auf dem Gebiet Verteidigung. Es ist also die Hälfte von der Zuwachsrate, die für Personalkosten draufging, und der Rest ist zum übergroßen Teil für die Erhöhung der Reparaturansätze draufgegangen. Nur ein ganz kleiner Teil ist hier bei den Investitionen und da ist nur ein Mehr bei Sozialinvestitionen, das heißt bei Wohnungen, bei Sozialeinrichtungen wie Offiziersheime, Unteroffiziersheime und Mannschaftsheime und bei allgemeiner Infrastruktur, das heißt, die Soldaten sollen nicht mehr zu acht auf einer Bude liegen. Aber im eigentlichen Teil der Investitionen, wenn Waffen damit gemeint sind, ist es so, dass seit vielen Jahren die Ansätze stagnieren bei etwa vier Milliarden D-Mark pro Jahr. Mehr war nicht drin und mehr wird, wenn ich auch nur die Globalzahl des nächsten Jahres nehme, im nächsten Jahr auch nicht drin sein – eher weniger. Das nur sachlich zu den Zuwachsraten, weil es so ist und deshalb konnten wir im Haushaltsausschuss nicht aus unserer Jacke heraus und von dieser Zuwachsrate, was wir gern getan hätten, einiges runternehmen. Vielen Dank.

**Wehner**: Georg *Leber*.

**Leber**: Ich möchte jetzt nicht zur Verteidigungspolitik reden. Ich möchte sagen, das, was Willy *Brandt* hier gesagt hat, reicht für heute. Die Debatte werden wir mit Sicherheit führen müssen, wenn es um den Haushalt 1973 geht. Da steht auch die Politik zur Debatte. Hier handelt es sich um den Haushalt ’72. Erlaubt mir, dass ich dazu zwei Dinge sage. Wir sind angetreten mit diesem Haushalt, der ist ja in dieser Fraktion gründlich beraten worden, ist durch die Ausschüsse, die es damals gab, gegangen. Daran ist, wenn auch nicht am Einzelplan 14, sondern an dem Einzelplan 04, der Bundestag mit gescheitert. Deswegen sind wir mit in Wahlen gegangen. In der Zwischenzeit musste regiert werden. Vom Einzelplan 14, der wie alle mit dem Volumen, das er hat, ohne beschlossen zu sein, nach den entsprechenden Regularien der Verfassung ja Gegenstand der Politik des Jahres ’72 gewesen ist, haben wir de facto gar keinen Spielraum mehr zur Verfügung, den zu verkürzen oder den zu verändern. Denn am 20. Dezember geht praktisch auch die Verwaltung auseinander und dann ist bis auf den letzten Pfennig verdisponiert und ausgegeben, was der Haushalt im Einzelplan 14 für das Verteidigungsressort zur Verfügung [stellt][[54]](#footnote-55). Wer da nicht für stimmen könnte, müsste sich auch im Klaren darüber sein, dass er de facto damit nichts erreicht, sondern allenfalls demonstriert. Ich sage das ohne Vorwurf hier, weil damit ja nichts mehr zu reduzieren, weil nichts mehr zu bewirken ist. Das hängt mit dem Zeitablauf der Dinge zusammen. Ich wäre dankbar, wenn die Fraktion hier ihre Einigkeit und Einmütigkeit, die postnumerando auch ihre Bedeutung hat, sichtbar machen könnte, und wir nehmen uns vor, über den politischen Gehalt der einzelnen Haushalte für Jahr 1973 dann so ausreichend zu diskutieren, wie es zur Meinungsbildung der Fraktion erforderlich ist.

**Wehner**: Hans *Hermsdorf*.

**Hermsdorf**: Genossinnen und Genossen, ich verstehe durchaus, dass man den Versuch machen muss, dem Genossen aus Offenbach[[55]](#footnote-56) zu erläutern, was es mit dem Verteidigungshaushalt in sich hat und wie man sich dazu verhält. Nur ich möchte hier eine grundsätzliche Bemerkung machen, weil ich glaube, wenn wir dies hier praktizieren würden, gleich an welchem Haushalt, kämen wir in eine ganz gefährliche Lage. Der Haushalt als Ganzes ist im Grunde genommen die erklärte Politik dieser Regierung in Zahlen ausgedrückt und es ist völlig unmöglich für ein Mitglied einer Regierungspartei, nun sich herauszusuchen, für welches Ressort es stimmt oder nicht, denn dann könnte jeder Einzelne sagen, entweder mir passt der Landwirtschaftshaushalt nicht, mir passt der Arbeitshaushalt nicht und so weiter. Wir würden also in Teufels Küche kommen. Hier steht die Politik als Ganzes sozusagen im Haushaltsgesetz und deshalb kann man nicht in dieser oder jener Frage ausbrechen, sondern muss als Ganzes auch zustimmen.

**Wehner**: Wird weiter das Wort gewünscht? Bevor ich den Punkt 7 aufrufe, hat das Wort Günter *Biermann*. Bericht von der Auszählung.

**Biermann**: Genossinnen und Genossen, wir haben eben abgestimmt, die Ergebnisse liegen vor. Wir hatten jeweils nur einen Vorschlag. Für das Amt des Bundestagspräsidenten Annemarie *Renger*, Ja-Stimmen 161, Nein-Stimmen 54, Enthaltungen 15. Für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten, Vorschlag Hermann *Schmitt-Vockenhausen*, Ja-Stimmen 160, Nein-Stimmen 53, Enthaltungen 18. Ich darf anfügen, bei Annemarie *Renger* sind 230 Stimmen insgesamt abgeben worden, bei Hermann *Schmitt-Vockenhausen* 231 Stimmen.

**Wehner**: Danke. Dann kann ich den Betroffenen nur Glück wünschen für morgen.

(Beifall.)

[F.]

**Wehner**: Ich rufe auf Punkt 7, Änderung des Rentenreformgesetzes[[56]](#footnote-57). Ernst *Schellenberg*.

**Schellenberg**: Genossinnen und Genossen, bei der Vorlage, die euch der Arbeitskreis unterbreitet hat, geht es darum, schwerwiegende sozialpolitische, gesundheitspolitische und finanzpolitische Mängel, die sich durch den Mehrheitsbeschluss, eine Stimme Mehrheit, der letzten Legislaturperiode bezüglich der flexiblen Altersgrenze ergeben haben, zu revidieren. Wir haben damals sowohl im Plenum wie im Wahlkampf erklärt, dass wir die Vorschrift, die die CDU mit einer Stimme Mehrheit durchgesetzt hat,[[57]](#footnote-58) nämlich Rente, vorgezogene Rente, voller Arbeitsverdienst zuzüglich eingesparter Rentenversicherungsbeiträge für unsinnig halten und abändern wollen.

Der Arbeitskreis schlägt euch vor, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen[[58]](#footnote-59). Es geht dabei einmal darum, zu der echten Wahlfreiheit, die dem Regierungsentwurf zugrunde lag, wieder zurückzukommen, nämlich zu der Wahlfreiheit, auf Rente zu gehen oder Arbeitsverdienst zu erhalten. Es geht weiter darum, Spannungen in Betrieben zu verhindern zwischen älteren Kollegen, die die vorgezogene Altersrente in Anspruch nehmen, vollen Arbeitsverdienst und die Jüngeren müssen das durch ihre Beiträge bezahlen. Und es geht, das wollen wir auch nicht verhehlen, hier mitzuteilen, darum, den Grundsatz der langfristigen soliden Finanzierung der Rentenversicherung unbedingt zu wahren. Das ist deshalb geboten, weil alle Vorausberechnungen, die mit vielfachen Unsicherheitsfaktoren belastet sind, davon ausgehen, dass etwa 70 Prozent der in Betracht kommenden Arbeitnehmer auf flexible Altersgrenze gehen. Wenn aber die Regelung, die durchgesetzt wurde, Gesetz wird, dann wäre der töricht, der nicht die Rente und vollen Arbeitsverdient nebeneinander nehmen würde.

Und deshalb ist es auch für jede weitere Gestaltungsmöglichkeit der Rentenversicherung – nicht heute, sondern übermorgen – notwendig, dass wir die finanzielle Solidität der Rentenversicherung gewährleisten. Dem dient der Antrag. Wir haben den Entwurf eingehend im Arbeitskreis auch unter Hinzuziehung von Genossen des Arbeitskreises Rechtswesen besprochen und sind zur Auffassung gekommen, dass wir den Gesetzentwurf ausschließlich auf eine Korrektur der unsinnigen Vorschriften bezüglich der flexiblen Altersgrenze beschränken und konzentrieren wollen und machen euch deshalb des Vorschlag, den Entwurf, der die Diskriminierung der Pflichtversicherten bei der Nachversicherung [enthält][[59]](#footnote-60), jetzt aus dem Gesetzentwurf herauszunehmen.

Genossen, das kann bei nächster Gelegenheit ohne Schwierigkeiten deshalb nachgeholt werden, weil diese Nachversicherung laut Gesetz bis 1975 getätigt werden kann, und wir liegen politisch, das war jedenfalls die Auffassung des Arbeitskreises, in der Angelegenheit besonders gut, wenn wir uns nur auf die Unsinnigkeit bei der flexiblen Altersgrenze konzentrieren. Der Arbeitskreis ist der Auffassung, dass wir deshalb auch auf Regelung aller anderen Fragen, die vielen Genossen am Herzen liegen, bei diesem Gesetzentwurf verzichten sollten, beispielsweise der Regelung Mindestrente oder gar Babyjahr. Bezüglich Babyjahr haben wir auch einen eindeutigen Parteitagsbeschluss vorliegen. Ich würde euch deshalb bitten, der vorgeschlagenen Regelung zuzustimmen, die auch ergänzt werden musste aus verfassungsrechtlichen Gründen durch eine gewisse Übergangsregelung für diejenigen, die nun schon in Erwartung der flexiblen Altersgrenze Beschäftigungsverhältnisse geändert haben. Eine solche Übergangsregelung ist notwendig, um zu verhindern, dass die Sache nach Karlsruhe geht. Wir bitten euch deshalb zuzustimmen.

Die Fraktion der FDP wird auch heute Nachmittag oder heute Abend darüber entscheiden und sobald das Einverständnis des Koalitionspartners, das wir prinzipiell hergestellt haben, vorliegt, würden wir entsprechend die Öffentlichkeit unterrichten. Wir haben uns bemüht, euch schon eine gewisse Disposition durch jenen Entwurf vorzulegen. Im Übrigen hängen damit eine Reihe wichtiger Fragen der Prozedur zusammen, über die Manfred *Schulte* die Fraktion unterrichten wird. Ich danke euch im Voraus schon für eure Zustimmung.

**Wehner**: Manfred *Schulte*.

**Schulte**: Genossinnen und Genossen, leider muss ich euch mit ein paar technischen Fragen hier behelligen und auch ein paar rechtliche Fragen ansprechen. Es geht darum, dass wir bei dieser sehr wichtigen politischen Prozedur einen Weg wählen, mit dem wir nicht auf die Nase fallen, und hier sind verfassungsrechtliche Fragen tangiert. In jedem Falle würden wir unser Ziel nicht erreichen, wenn es erst zu einer zweiten und dritten Lesung dieses Änderungsgesetzes im Jahre 1973 kommen würde. Denn wenn wir erst im Jahr ’73 die dritte Lesung haben würden und dort Rückwirkung verabreden würden, wäre dies nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht zulässig. Wenn wir aber ohne Rückwirkung arbeiten würden, würde der politische Zweck, den Ernst Schellenberg eben erläutert hat, nicht erreicht werden. Wir müssen also den Versuch unternehmen, und ich glaube das kann gelingen, noch in diesem Jahr zur ersten, zweiten und dritten Lesung zu kommen. Und an diesem Punkt haben wir nun die Geschäftsordnung sehr sorgfältig zu untersuchen und sie erlaubt es uns a) ein solches Gesetz, und das ist auch gar nicht ungewöhnlich und nicht angreifbar, ohne Ausschussberatungen, die natürlich die Opposition verlangen wird, im Plenum zu verabschieden und b) die normalen Fristen zwischen der ersten und zweiten Lesung zu kürzen. Wir können nicht alle drei Lesungen an einem Tag machen, weil unsere Geschäftsordnung des Bundestages sagt, dass schon fünf anwesende Mitglieder dieser Prozedur widersprechen können und dieser Widerspruch käme mit absoluter Sicherheit, sodass wir entweder an einem Tag die erste und am zweiten Tag die zweite und dritte Lesung oder aber an einem Tag die erste und zweite und am darauffolgenden Tag die dritte Lesung machen werden. Die einzige Frist, die wir hierbei beachten müssen, ist die Frist zwischen Einbringung des Gesetzes, also zwischen der verteilten Drucksache und der ersten Beratung. Wir sind also deshalb bestrebt, sobald wir auch Einigkeit in der Sache und in den prozeduralen Fragen mit unserem Koalitionspartner erreicht haben, möglichst schnell diese Vorlage der Drucksachenstelle des Hauses vorzulegen, damit sie gedruckt werden kann, denn dann haben wir eine Frist von drei Tagen, bevor wir in die erste Lesung gehen können. Genau wird es also so laufen, dass wir am kommenden Dienstag die erste Lesung machen beziehungsweise die erste und zweite und am darauffolgenden Tag die dritte Lesung.[[60]](#footnote-61) Es wird ein lautes Geschrei um diese Prozedur geben. Sie ist nicht erstmalig veranstaltet und, ich glaube, die politischen Argumente sind, richtig dargestellt, auf unserer Seite, denn im Grunde genommen setzt die Koalition hier mit neuen Mehrheitsverhältnissen nichts anderes durch als das, was der sozialpolitische Ausschuss in der letzten Legislaturperiode beschlossen hatte.

(Beifall.)

**Wehner**: Wer wünscht dazu das Wort? Liegt der Text allen vor? Dann bitte ich diejenigen um das Handzeichen, die dieser Einbringung zustimmen. Ich danke. Gegenteilige Meinung. Stimmenenthaltung. Danke. Wird das Wort zu dem Termin gewünscht? Wenn nicht, zu Verschiedenem? Dann danke ich und schließe die Sitzung.

1. Das vorliegende Fraktionsprotokoll beruht auf einer im Zuge der Editionsarbeiten veranlassten Ver­schriftlichung (Transkription) einer Tonaufzeichnung dieser Sitzung. Die Tonquelle wird im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) aufbewahrt. Zur Durchführung der Transkription und zur textkritischen Aufbereitung des Protokolls vgl. auch die »Hinweise zur Edition«, 7. WP. [↑](#footnote-ref-2)
2. Zum Stabilitätsprogramm, das vor allem die Preissteigerung bekämpfen sollte und das Bundesminister *Schmidt* Ende Oktober 1972 der Öffentlichkeit vorstellte vgl. den Artikel »Liegt am Herzen«; »Der Spiegel«, Nr. 45 vom 30. Oktober 1972, S. 27 f. Vgl. auch die Artikel »Bundesregierung legt ein Programm zur Bekämpfung des Preisauftriebs« vor in der »Süddeutschen Zeitung« vom 28. Oktober und »Der Lernprozeß des Helmut Schmidt« im »Handelsblatt« vom 30. Oktober 1972; BT Pressedokumentation, Ausschnittsammlung Helmut Schmidt. [↑](#footnote-ref-3)
3. Der EG-Ministerrat tagte am 30. und 31. Oktober 1972 in Luxemburg. Themen war in erster Linie die die Wiederherstellung der Preisstabilität, indem die Inflation mittelfristig auf vier Prozent begrenzt werden sollte. Vgl. Europa-Archiv 1972, Z 230 f. [↑](#footnote-ref-4)
4. Eine Behandlung auf der Kabinettsitzung 17. bzw. 31. Oktober 1972 konnte nicht nachgewiesen werden. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1972, online. [↑](#footnote-ref-5)
5. Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler *Brandt* am 18. Januar 1973 vgl. BT Plenarprotokoll 07/7, S. 121–134. [↑](#footnote-ref-6)
6. Vgl. Anm. 2. [↑](#footnote-ref-7)
7. Die Haushaltsberatungen für den Bundeshaushalt 1973 begannen am 3. April 1973. Vgl. BT Plenarprotokoll 07/25. [↑](#footnote-ref-8)
8. Gemeint ist der am 18. August 1971 vorgelegte Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Er wurde in der 6. Wahlperiode nicht mehr abschließend beraten. Vgl. BT Drs. 06/2520. – SPD- und FDP-Fraktion brachten den Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen am 25. Januar 1973 erneut in den Bundestag ein. Vgl. BT Drs. 07/76. [↑](#footnote-ref-9)
9. Zum »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« in der Fassung vom 8. Juni 1967 vgl. BGBl. 1967, I, Nr. 32, S. 582–589 [↑](#footnote-ref-10)
10. Zum »Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG)« in der Fassung vom 26. August 1971 vgl. BGBl. 1971, I, Nr. 87, S. 1409–1424. [↑](#footnote-ref-11)
11. Zum »Arbeitsförderungsgesetz« in der Fassung vom 25. Juni 1969 vgl. BGBl. 1969, I, Nr. 51, S. 582–632. [↑](#footnote-ref-12)
12. Zum »Betriebsverfassungsgesetz« in der Fassung vom 15. Januar 1972 vgl. BGBl. 1972, I, Nr. 2, S. 13–43. [↑](#footnote-ref-13)
13. Die Pariser Gipfelkonferenz fand vom 19. bis zum 21. Oktober 1972 statt. Zur Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz vgl. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 10/1972, S. 15–24. Unter Punkt 6, Sozialpolitik, hieß es unter anderem, die EG sei gefordert, um »eine abgestimmte Politik auf dem Gebiet der Beschäftigung und der Berufsausbildung in Gang zu setzen, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Betriebsorganen zu gewährleisten«. [↑](#footnote-ref-14)
14. Nach Amtsantritt von Wirtschafts- und Finanzminister *Schmidt* hatte die Konzertierte Aktion, also die regelmäßige wirtschaftspolitische Abstimmung zwischen Bundesregierung, Gewerkschaften, Unternehmern und Bundesbank, an Bedeutung verloren. [↑](#footnote-ref-15)
15. Gemeint ist vermutlich der am 17. Mai 1973 eingebrachte Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau. Dieser sah eine staatlich geförderte Vermögensbildung in Wohneigentum und Dauerwohnbesitz vor. Vgl. BT Drs. 07/577. [↑](#footnote-ref-16)
16. Ein Presserechtsrahmengesetz wurde bereits in der 6. Wahlperiode von der SPD-Fraktion verlangt, konnte jedoch unter anderem aufgrund der Komplexität des Gegenstands, des Widerstands der Verleger und der verkürzten Wahlperiode nicht eingebracht werden. Auch in der 7. Wahlperiode wurde kein Entwurf vorgelegt. [↑](#footnote-ref-17)
17. Zur Pressefusionskontrolle vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 21. Januar 1975, SVP E. [↑](#footnote-ref-18)
18. Zur dieser in der 6. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission vgl. SPD-Fraktionssitzung am 2. März 1971, SVP C, online. [↑](#footnote-ref-19)
19. Vgl. SPD-Fraktionssitzung am 29. November 1972, Anm. #19#, online. [↑](#footnote-ref-20)
20. Art. 10 GG befasste sich mit dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bzw. mit dessen gesetzlicher Einschränkung. [↑](#footnote-ref-21)
21. Willy *Brandt*, SPD; Walter *Scheel*, FDP. [↑](#footnote-ref-22)
22. Walter *Scheel*, FDP. [↑](#footnote-ref-23)
23. Vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 14. Dezember 1972, online. [↑](#footnote-ref-24)
24. Vgl. SVP C. [↑](#footnote-ref-25)
25. Vgl. die erste CDU/CSU-Fraktionssitzung am 12. Dezember 1972, online, die sich ausschließlich mit dem Bundeshaushalt 1972 befasste. [↑](#footnote-ref-26)
26. Zum »Gesetz zur weiteren Reform der gesetzlichen Rentenversicherungen und über die Fünfzehnte Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Rentenreformgesetz – RRG)« in der Fassung vom 16. Oktober 1972 vgl. BGBl. 1972, I, Nr. 112, S. 1965–1997. [↑](#footnote-ref-27)
27. Vgl. Anm. 56. [↑](#footnote-ref-28)
28. Zur Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 vgl. BT Plenarprotokoll 06/5, S. 20–34. [↑](#footnote-ref-29)
29. Es gab Spekulationen, dass das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in ein Ministerium für Bildung, das auch die Bereich Berufsbildung und Jugend erhalten sollte, und ein Ministerium für Wissenschaft und Technologie gespalten werden sollte. Vgl. bspw. den Artikel »Brandt warnt vor Selbstzerstörung« in der »Frankfurter Rundschau« vom 11. Dezember 1972; BT Pressedokumentation, Ausschnittsammlung Willy Brandt. [↑](#footnote-ref-30)
30. So auf der Tonbandaufnahme zu hören. Das »nicht« widerspricht vermutlich der Intention des Sprechers. [↑](#footnote-ref-31)
31. Gerhard *Stoltenberg* war im Kabinett Erhardt und Kiesinger Bundesminister für wissenschaftliche Forschung. [↑](#footnote-ref-32)
32. Zu den sog. Freiburger Thesen, die das Grundsatzprogramm der FDP bildeten und am 27. Oktober 1971 auf dem Freiburger Parteitag verabschiedet wurden vgl. Flach/Maihofer/Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen. [↑](#footnote-ref-33)
33. Der SPD-Parteivorsitzende Bundeskanzler *Brandt* hatte sich in der ersten Sitzung des SPD-Parteirats nach der gewonnenen Bundestagswahl scharf gegen alle Tendenzen zur rechten oder linken innerparteilichen Flügelbildung in der SPD ausgesprochen. Vor allem an die Fraktion gewandt, warnte *Brandt* davor, dass sich einzelne Gruppierungen feste Organisationsstrukturen wie Sekretariate geben könnten, dies könne letztlich »zur Abspaltung führen«. Vgl. den Artikel »Brandt warnt vor Selbstzerstörung« in der »Frankfurter Rundschau« vom 11. Dezember 1972; BT Pressedokumentation, Ausschnittsammlung Willy Brandt. [↑](#footnote-ref-34)
34. *Brandts* Worte in der Sitzung lauteten: »Es wäre ja nicht ganz logisch, zu sagen, man gewinnt eine Wahl und muß nun daraufhin sich trennen von denen, mit denen zusammen man sie gewonnen hat.« Zur gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am 10. Dezember 1972 vgl. AdsD, 2/PVAS0000579. [↑](#footnote-ref-35)
35. Gemeint ist der außerordentliche SPD-Parteitag vom 18. bis zum 20. November 1971 in Bonn, der sich sowohl mit der Steuerreform, der Vermögensbildung als auch mit den Massendien beschäftigte. Vgl. Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1. Teil Steuerreform, Massenmedien, § 218 StGB. Protokoll der Verhandlungen. Hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J. (vermutlich 1972). [↑](#footnote-ref-36)
36. Gemeint sind die Enquete-Kommissionen zur Verfassungsreform und zur Auswärtigen Kulturpolitik. [↑](#footnote-ref-37)
37. Der »Der Tagesspiegel« druckte drei Formulare von DDR-Behörden ab, die zeigen sollten, dass die DDR Druck auf Beschäftigte ausübte, um verwandtschaftliche oder freundschaftliche Westkontakte zu unterbinden. Zum Artikel »Bohrende Fragen nach Westkontakten« vgl. »Der Tagesspiegel« vom 6. Dezember 19772, S. 3. [↑](#footnote-ref-38)
38. Zu den Plenarsitzungen, einschließlich der Fragestunde, am 13., 14. und 15 Dezember 1972 vgl. BT Plenarprotokoll 07/1, 07/2, 07/3 und 07/4. [↑](#footnote-ref-39)
39. Der »Vorwärts« spekulierte über die möglichen Kandidatinnen für das Amt der Bundestagspräsidentin. Als eine Kandidatin wurde Marie *Schlei* genannt. Doch da sie Berliner Abgeordnete war, spekulierte der »Vorwärts«, dass der Vorschlag nur ein »Manöver zur Abschirmung« sei, da Berliner Abgeordnete nicht die vollen parlamentarischen Rechte hatten und aus ihren Reihen daher kaum ein solches Amt zu besetzen wäre. Zum Artikel »Zweiter Mann im Staat: eine Frau« vgl. »Vorwärts« vom 30. November 1972, S. 3. [↑](#footnote-ref-40)
40. Die Tonbandaufnahme läuft währenddessen weiter. – Auf der Tonbandaufnahme ist während der Unterbrechung im Hintergrund in Bruchstücken ein informelles Gespräch über die Haltung der CDU/CSU-Fraktion zur bevorstehenden Verabschiedung des Bundeshaushalts 1972 zu hören. [↑](#footnote-ref-41)
41. Die Tonbandaufnahme läuft währenddessen weiter. [↑](#footnote-ref-42)
42. Die Tonbandaufnahme läuft währenddessen weiter. [↑](#footnote-ref-43)
43. Zum interfraktionellen Antrag der CDU/CSU-, SPD- und FDP-Fraktion vom 13. Dezember 1972 betr. Einsetzung des Haushaltsausschusses vgl. BT Drs. 07/1. [↑](#footnote-ref-44)
44. Vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 29. November 1972, SVP A, online. [↑](#footnote-ref-45)
45. Vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 17. Januar 1973, SVP D, online sowie SPD-Fraktionssitzung am 23. Januar 1973, SVP C, online. [↑](#footnote-ref-46)
46. Zur Wahl der Bundestagspräsidentin am 13. Dezember 1972 vgl. BT Plenarprotokoll 07/1, S. 3. Zur Wahl des Bundeskanzlers am 14. Dezember 1973 vgl. BT Plenarprotokoll 07/2, S. 13 f. [↑](#footnote-ref-47)
47. Zum Scheitern der Haushaltsberatungen 1972 in der 6. Wahlperiode vgl. die zweite SPD-Fraktionssitzung am 28. April 1972, online. Die Haushaltsberatungen für den Haushalt 1972 in der 7. Wahlperiode begannen am 15. Dezember 1972. Vgl. BT Plenarprotokoll 07/4, S. 32-38. – Zum Entwurf der Bundesregierung vom 23. November 1972 eines Haushaltsgesetzes 1972 vgl. BT Drs. 07/10. Zur Stellungnahme des Bundesrates vom 6. Dezember 1972 vgl. BT Drs. 07/11. [↑](#footnote-ref-48)
48. Gemeint ist die Sitzung des Bundesrats am 1. Dezember 1972. Zur Stellungnahme vgl. BR Plenarprotokoll, 387. Sitzung, S. 697. [↑](#footnote-ref-49)
49. Art. 111 GG: Rechte der Bundesregierung, bestimmte Ausgaben trotz fehlendem Haushaltsgesetzes bis zum Inkrafttreten eines Bundeshaushalts zu tätigen. Art. 112 GG: Zustimmungspflicht des Bundesminister für Finanzen bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben, die auch nur bei unvorhergesehenen oder unabweisbaren Bedürfnissen gegeben werden darf. [↑](#footnote-ref-50)
50. Vgl. auch Anm. 25. [↑](#footnote-ref-51)
51. Verteidigungshaushalt. [↑](#footnote-ref-52)
52. Vgl. Anm. 47. [↑](#footnote-ref-53)
53. Bis zur Übernahme des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen am 7. Juli 1972 war *Schmidt* Bundesminister für Verteidigung. [↑](#footnote-ref-54)
54. Vom Bearbeiter geändert. Auf der Tonbandaufnahme zu hören: »steht«. [↑](#footnote-ref-55)
55. Gemeint ist Manfred *Coppik*. [↑](#footnote-ref-56)
56. Zum Entwurf der SPD- und FDP-Fraktion vom 13. Dezember 1972 eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherungen (Viertes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz) vgl. BT Drs. 07/3. [↑](#footnote-ref-57)
57. Vgl. die Plenarsitzung am 21. September 1972; BT Drs. 06/198, S. 11711. – Vgl. außerdem die SPD-Fraktionssitzung am 21. September 1972, SVP B, online. [↑](#footnote-ref-58)
58. Vgl. Anm. 56. [↑](#footnote-ref-59)
59. Vom Bearbeiter geändert. Auf der Tonbandaufnahme zu hören: »enthalten«. [↑](#footnote-ref-60)
60. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs fand am 19. Dezember 1972 statt. Vgl. BT Plenarprotokoll 07/5, S. 47–62. Die dritte Beratung fand am 20. Dezember 1972 statt. Vgl. BT Plenarprotokoll 07/6, S. 95–100. [↑](#footnote-ref-61)